

# Rundbrief 2-2025

**DGO**

► Deutsche Gesellschaft  
für Osteuropakunde e.V.

## Brief der Geschäftsführerin

### Veranstaltungen

- 4 Geschäftsstelle
- 4 Junge DGO
- 7 Zweigstellen

### Neues aus der DGO

- 10 Evaluierung der Verbandsarbeit der DGO
- 14 Stellungnahme zum Auslaufen der Förderung des Forums für historische Belarus-Forschung

### Publikationen

- 16 Zeitschrift OSTEUROPA
- 20 OSTERWEITERUNG – der DGO Podcast
- 22 Länder-Analysen

### Mitglieder

- 24 Veröffentlichungen
- 24 Personalien
- 26 Junge DGO
- 28 Crisis (s)pot: Deterrence in Eastern Europe (Regionalgruppe Bayern)

### Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 30 Personalien
- 30 Neue Nachwuchsforschungsgruppe am GWZO erforscht die Verflechtungen Armeniens mit dem östlichen Europa
- 32 Die Hochschulreformen in Georgien und ihre Folgen: Interviews mit Oliver Reisner und Diana Forker

### Veranstaltungsberichte

- 36 300 Jahre Vampire Grenzphänomene im Habsburgerreich 1725–1755 (Zweigstelle Gießen / Marburg)
- 38 Bridging the Gap. Central Asia / EU / Germany
- 40 Sie kommen und sorgen (sich)! Pflege im Spannungsfeld zwischen West- und Osteuropa
- 43 Exil – Fluchtpunkt und Abschied. Erfahrungen der Emigration aus dem östlichen Europa
- 46 Militärgeschichte und Osteuropaforschung. Schnittstellen, Fragestellungen, Perspektiven
- 49 Indoktrination und Militarisierung im Bildungswesen und der Wissenschaft in Belarus
- 51 Werkstatt Wisskomm Osteuropa
- 54 Die Freiheitsbewegung in Belarus 2020–2025. Eine Spurensuche

### Impressum

Liebe Mitglieder,

in Zeiten zunehmender Konflikte sind positive Entwicklungen umso erfreulicher. Die außenpolitische Neuorientierung Armeniens gibt zumindest Anlass zur Hoffnung. Mit der Initiative „Crossroads of Peace“ ist die armenische Regierung auf die Nachbarn und Kriegsgegner Aserbaidshan und Türkei zugegangen und versucht, über den Ausbau der regionalen Infrastruktur Wirtschaftswachstum und Stabilität für das eigene Land und den Südkaukasus insgesamt zu erreichen. Die Veranstaltung „Armenien am Scheideweg“ beleuchtete die Voraussetzungen und Chancen dieser außenpolitischen Strategie. Der Podcast „Südkaukasus: Neuordnung im Schatten Russlands“ (Episode 19 der Reihe „Osterweiterung“) analysiert die neu austarierten Beziehungen der südkaukasischen Staaten zu Russland, der Türkei, dem Iran und der Europäischen Union. Dabei geht es auch um Georgiens Abkehr von der EU im Kontext zunehmender innenpolitischer Repressionen. Was dieser autoritäre Schwenk für die Freiheit und den Fortbestand der Universitäten in Georgien bedeutet, ist Thema des Interviews „Die Hochschulreformen in Georgien und ihre Folgen“ in diesem Rundbrief.

Auch in Zentralasien verändern sich die Konstellationen regionaler und internationaler Zusammenarbeit. Ausdruck der neuen regionalen Kooperation war das erste Gipfeltreffen zwischen der EU und den Staats- und Regierungschefs der fünf zentralasiatischen Staaten im April 2025. Ein Fachgespräch mit Vertreter\*innen aus der Politik, Ministerien, Wirtschaft und Thinktanks erörterte die unterschiedlichen Interessen und die Frage nach einem Paradigmenwechsel von der normengeleiteten zur wirtschaftsorientierten EU-Politik in Bezug zu Zentralasien.

Im Dezember 2025 wurden 123 politische Häftlinge aus belarussischen Gefängnissen und Lagern entlassen. Unmittelbar davor veranstaltete die DGO einen Abend zu fünf Jahren Freiheitsbewegung in Belarus mit Gesprächen, Lesungen und Musik. Dafür reisten belarussische Aktivist\*innen und Künstler\*innen aus unterschiedlichen europäischen Ländern an. Die vielfältigen historischen und aktuellen Dimensionen des Lebens im Exil waren Thema der Podiumsdiskussion „Erfahrungen der Emigration aus dem östlichen Europa“. Exil, so die Quintessenz des Abends, ist mehr als Flucht vor politischer Verfolgung – es ist eine tiefgreifende, individuelle Erfah-



Gabriele Freitag  
Geschäftsführerin  
DGO

ung, die Menschen und Gesellschaften verändert und herausfordert. Unmittelbar mit der Flucht verbunden ist die Angst als wirksamer Treiber autoritärer Systeme. Das Themenheft der Zeitschrift OSTEUROPA „Phänomene der Angst. Staat, Gesellschaft, Kunst“ (OE 10/2025) befasst sich mit der Angst als Hebel repressiver Herrschaft.

Seit dem Herbst 2025 bietet die DGO eine online-Plattform für Informationen und Austausch über Wissenschaftskommunikation. Die Lunchtalks im Rahmen der „Werkstatt Wisskomm Osteuropa“ haben sich bereits gut etabliert. Eine zentrale Aufgabe der DGO ist und bleibt die Förderung des wissenschaftlichen Austauschs und speziell Studierender und junger Wissenschaftler\*innen mit einem Fokus auf das östliche Europa. Zentral dafür sind die Aktivitäten der Fachgruppen, Zweigstellen und der Jungen DGO. Die Frage, wie gut der Austausch innerhalb und unter diesen Gruppen funktioniert und wie die DGO ihre Arbeitsweisen und Kommunikationsstrukturen verbessern kann, war Thema einer Evaluation der Verbandsarbeit der DGO. Auch eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Evaluation finden Sie im vorliegenden Rundbrief. An dieser Stelle herzlichen Dank an alle, die sich in unterschiedlicher Weise für die Belange der DGO engagieren ebenso wie an unsere externen Partner! Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre

Dr. Gabriele Freitag



bbp

DGG

Deutsche  
steur

# Veranstaltungen

## Geschäftsstelle: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
07. Juli, Berlin	Fachgespräch <b>Wehrhaft gegen Diktatur und Krieg – Polen, Deutschland und die Krisen als Chance</b>	Deutsches Polen-Institut
08. September, Berlin	Diskussion <b>Armenien am Scheideweg</b>	Friedrich-Ebert-Stiftung
17. September, Berlin	Fachgespräch <b>Bridging the Gap: Central Asia / EU / Germany</b> Bericht: S. 38	Konrad-Adenauer-Stiftung
9.–10. Oktober, Berlin	Studierendenkonferenz <b>Beyond Empires: Fokus Osteuropa</b>	Freie Universität Berlin, Osteuropa Institut
16.–17. Oktober, Herne	Tagung der Fachgruppe Geschichte <b>Dynamiken von Eigentumswandel im östlichen Europa. Landreformen, Enteignungen und Restititionen in politischen, ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen</b>	Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) Regensburg; Martin-Opitz-Bibliothek Herne
23. Oktober, Berlin	Diskussion <b>Sie kommen und sorgen (sich)! Pflege im Spannungsfeld zwischen West- und Osteuropa</b> Bericht: S. 40	Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche; Renovabis; Zentralkomitee der deutschen Katholiken
30. Oktober, Berlin	Diskussion <b>Exil – Fluchtpunkt und Abschied Erfahrungen der Emigration aus dem östlichen Europa</b> Bericht: S. 43	Katholische Akademie; Renovabis; Zeitschrift Ost-West. Europäische Perspektiven
03. November, Berlin	Podiumsdiskussion <b>Persistence and Pressure The Wartime Development of Academia in Ukraine</b>	Science at Risk, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien
13.–14. November, Potsdam	Workshop <b>Militärgeschichte und Osteuropaforschung Schnittstellen, Fragestellungen, Perspektiven</b>	Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw)
24. November, Berlin	Podiumsdiskussion <b>The Shrinking Space: Russian Academia Between Repression and Exile</b>	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP); Radio Sacharow; Science at Risk
28. November, Berlin	Podiumsdiskussion und Kulturprogramm <b>Die Freiheitsbewegung in Belarus 2020–2025 Eine Spurensuche</b> Aufzeichnung: <a href="http://www.youtube.com/watch?v=aRduVPki2sE">www.youtube.com/watch?v=aRduVPki2sE</a> Bericht: S. 54	Bundeszentrale für politische Bildung; dekoder; Evangelische Kirche in Deutschland; Taz



Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
03. Dezember, Berlin	Podiumsdiskussion <b>Indoktrination und Militarisierung im Bildungswesen und der Wissenschaft in Belarus</b> Bericht: S. 49	Humboldt-Universität zu Berlin; Science at Risk; Staatsbibliothek zu Berlin
<b>Veranstaltungsreihe FORUM FÜR HISTORISCHE BELARUS-FORSCHUNG</b>		
17. September, online	Online-Diskussion <b>September 17, 1939 in Belarusian and Polish History</b> Aufzeichnung (eng.): <a href="http://www.youtube.com/watch?v=8ncJPh5z-Grw">www.youtube.com/watch?v=8ncJPh5z-Grw</a>	
01. Dezember, online	Online-Diskussion <b>Belarus 2020 and Beyond Revisiting Events Through an Academic Lens</b> Aufzeichnung (eng.): <a href="http://www.youtube.com/watch?v=N-bL3iJ3iF1k">www.youtube.com/watch?v=N-bL3iJ3iF1k</a>	
04. Dezember, online	Online-Diskussion <b>Workshop: H-Belarus on H-Net A New Digital Hub for Belarusian Studies</b> Aufzeichnung (eng.): <a href="http://www.youtube.com/watch?v=_ojgu-qZxBq0">www.youtube.com/watch?v=_ojgu-qZxBq0</a> <a href="http://www.youtube.com/watch?v=pUzu-rcrH5U">www.youtube.com/watch?v=pUzu-rcrH5U</a>	 
<b>Veranstaltungsreihe WERKSTATT WISSKOMM OSTEUROPA</b>		
29. Oktober, online	Online-Lunchtalk <b>Wissenschaftskommunikation in Drittmittelprojekten. Das Projekt „MoveMeRU“</b>	Bericht: S. 51
19. November, online	Online-Lunchtalk <b>Wissenschaftskommunikation in den sozialen Medien. Sophia Sonja Guthier – @h_east_orian</b>	
17. Dezember, online	Online-Lunchtalk <b>Institutionalisierte Wissenschaftskommunikation. Der Direktionsbereich „Transfer und Publizieren“ am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO)</b>	

## Junge DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
3.–7. Juli, Dresden	Tagung <b>32. Tagung Junger Osteuropa-Expert*innen (JOE)</b>	Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen; Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa; Technische Universität Dresden

## Regionalgruppen der Jungen DGO: Rückschau

Datum/Ort	Titel	Referent*innen
<b>Bayern</b>		
15. Oktober, München	Podiumsdiskussion <b>Wahlen, Wandel und die Visegrád-Länder</b>	Marek Pršín (München), Jan Goedeking (München)
18. November, Regensburg	Crisis (s)pot <b>Deterrence in Eastern Europe</b>	Elia Bescotti (Regensburg)
<b>Berlin/Brandenburg</b>		
20. Juli, Eisenhüttenstadt	Führung <b>Architekturhistorische Stadtführung durch Eisenhüttenstadt mit Martin Maleschka</b>	
27. November, Berlin	Jobeinblicke Osteuropa <b>Gespräch mit Journalistin und FUNKE-Auslandschefin Madeleine Janssen</b>	Madeleine Janssen (Berlin)
10. Dezember, Berlin	Führung <b>Führung in der Ausstellung „A Heart That Beats – Focus on Queer Ukrainian Art“</b>	Sarah Ghani (Berlin)

## Zweigstellen: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*Innen
<b>Freiburg</b>		
15. Oktober	Filmvorführung <b>„Die Farben des Granatapfels“ (Sergej Paradschanow, 1969)</b>	Gari Vanisian (Freiburg)
23. Oktober	Vortrag <b>Russland zerstört seine Kultur</b>	Kerstin Holm (Berlin)
28. Oktober	Buchvorstellung <b>Sonderzug nach Moskau. Geschichte der deutschen Russlandpolitik seit 1990</b>	Bastian Matteo Scianna (Potsdam)
4. November	Vortrag <b>Solidarität und Care in autoritären Belarus nach 2020</b>	Olga Shparaga (Hagen)
11. November	Vortrag <b>Ukrainisch oder „kleinrussisch“? Nation und Musik im Zarenreich</b>	Dietmar Neutatz (Freiburg), Elza Loginova (Freiburg), Paolo Brenzinger (Freiburg)
21. November	Lesung <b>Nein! Stimmen aus Russland gegen den Krieg</b>	Sergei Lebedew (Potsdam)
23. November	Konzert <b>u.a. mit der „Ukrainischen Sinfonie“ von Mychailo Kalatschewsky</b>	Sinfonieorchester Emmendingen
9. Dezember	Vortrag <b>Brüder im Reich, Fremde im Schicksal? Schlaglichter armenisch-russischer Beziehungen bis 1991</b>	Michel Abeßer (Freiburg)
16. Dezember	Vortrag <b>Phonographische Musikpraxis und sozialistische Zentralautoritäten: Produktionspolitiken des DDR-Plattenlabels Amiga 1971–1990</b>	Antonia Kunze (Freiburg)
<b>Gießen</b>		
15. Juli	Podiumsdiskussion <b>300 Jahre Vampire Grenzphänomene im Habsburgerreich 1725–1755</b> Bericht: S. 36	Peter Mario Kreuter (Regensburg), Clemens Ruthner (Dublin), Jaqueline Krüger (Gießen), Thomas Bohn (Gießen)
<b>Hamburg</b>		
25. September	Filmvorführung und Diskussion <b>Where Russia Ends. Cinematic Essay (Ukraine 2024, 25 minutes)</b>	Oleksiy Radynski (Kyiv), Philipp Goll (Berlin)
<b>Köln</b>		
22. September	Lesung und Diskussion <b>Literary Images of Russia's War against Ukraine Ukrainian and Russian Literature since 2014</b>	Tatiana Khripachenko (Bonn), Angelika Nußberger (Köln)

Datum / Ort	Titel	Referent*Innen
<b>München</b>		
04. Dezember	Buchvorstellung <b>East Central European Crisis Discourses in the 20. Century</b>	Balazs Trencsenyi (Wien/Budapest), Lucija Balikic (Wien/Budapest), Una Blagojevic (Wien)
<b>Münster</b>		
9. Juli	Podiumsdiskussion <b>„Was kümmert mich die Ukraine?“ Deutsche Positionen zu Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine zwischen Pazifismus und Russland- verstehertum</b>	Franziska Davies (Potsdam), Kateryna Rietz-Rakul (Berlin), Ricarda Vulpius (Münster)
22. August	Film & Gespräch <b>The Dmitriev Affair</b>	Valentin Peschanskyi (Münster), Alexey Gusev (Münster), Ricarda Vulpius (Münster)
5. November	Film & Vortrag <b>Malevich. Born in Ukraine</b>	Irina Wutsdorff (Münster)
<b>Oldenburg</b>		
28. Oktober	Podiumsdiskussion <b>Deutsch genug? Warum wir über Russlanddeut- sche sprechen müssen</b>	Ira Peter (Oldenburg), Hans- Christian Petersen (Oldenburg), Christoph Giesa (Hamburg)



Alice Bota

# Neues aus der DGO

## Evaluierung der Verbandsarbeit der DGO

Bericht: Gabriele Freitag

Im Auftrag der DGO evaluierte das nexus Institut in Berlin im Jahr 2025 die Verbandsarbeit der Gesellschaft. Die DGO konnte in den letzten Jahren die Zahl ihrer Mitglieder erheblich vergrößern und ihre Aktivitäten, auch durch das Engagement der Jungen DGO, ausbauen. Ziel der Evaluation war es, die Arbeitsweisen und Kommunikationsstrukturen innerhalb der DGO unter die Lupe zu nehmen und Verbesserungsvorschläge für die Verbandsarbeit zu machen. Zu diesem Zweck fanden zu Beginn des Jahres 2025 eine Umfrage unter den Mitgliedern und im Anschluss daran Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Vorstands, der Fachgruppen, Zweigstellen und Jungen DGO sowie mit weiteren interessierten Mitgliedern statt.

Die Begutachtung war auch deshalb wichtig, weil die diversen Angriffe auf die DGO im Jahr 2024 (die Listung der DGO als „unerwünschte“ und „extremistische Organisation“ seitens des russischen Justizministeriums sowie diverse Angriffe auf den Mailserver der DGO) die Verbandsarbeit erheblich erschwert und auch die Mitglieder belastet haben. Der Evaluationsbericht beschreibt den politischen Hintergrund folgendermaßen:

„Die Evaluation [...] erfolgte in einer Zeit, in der die wissenschaftliche und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Osteuropa vor neuen Herausforderungen steht. Die geopolitische Zuspitzung seit 2022, die Einschränkungen für Forschung und Kooperation in vielen Ländern der Region sowie der Rückgang osteuropabezogener Studiengänge in Deutschland verdeutlichen die zentrale Rolle der DGO als Vermittlerin von Wissen und als Plattform für Austausch. Insgesamt bewegt sich die DGO in ihrer politischen Rolle und Verantwortung im Spannungsfeld zwischen wissenschaftlicher Fachgesellschaft und öffentlicher Positionierung.“

Umso erfreulicher war die große Resonanz und die insgesamt positiven Rückmeldungen der Mitglieder auf die Evaluation. Allein die Tatsache, dass sich rund 40% der Mitglieder an der Umfrage beteiligten, zeigt, dass die DGO ein sehr lebendiger Verband ist. Mehr als 80% der Befragten sind der Meinung, dass die DGO einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Osteuropawissenschaften in Deutschland leistet und sind zufrieden mit der Arbeit des Verbands:

„Insgesamt herrscht eine deutliche Zufriedenheit (84%) der Mitglieder mit der Verbandsarbeit der DGO und eine überwiegende Mehrheit ist der Auffassung, dass Vorstand und Geschäftsführung ihre Aufgaben „kompetent und zufriedenstellend“ erledigen. [...] Auch die interne Kommunikation innerhalb der DGO wird von den Mitgliedern als professionell, gut strukturiert und in ihrer Frequenz angemessen wahrgenommen.“

Positiv hervorgehoben wird auch die Lobbyarbeit der DGO zur Sicherung und Sichtbarmachung der so genannten „kleinen Fächer“:

„Sie schafft Räume, in denen Vertreterinnen und Vertreter dieser Fächer ihre Arbeit präsentieren können, und trägt so zur Stärkung ihres Profils bei. Damit übernimmt die DGO eine Funktion, die über die Möglichkeiten einzelner Universitäten hinausgeht und zur Gesamtentwicklung der Osteuropastudien in Deutschland beiträgt.“

Auch der Wissenschaftskongress ceecon als neues Format wird in diesem Zusammenhang positiv hervorgehoben.

### VERBESSERUNGSPOTENTIALE

Die Evaluation gibt auf der Grundlage der Gespräche mit unterschiedlichen Gruppen innerhalb der DGO eine Reihe von Anregungen zur Verbesserung der Arbeit:

Diese betreffen vor allem die horizontale Kommunikation in der DGO. Sowohl innerhalb der Fachgruppen und Zweigstellen als auch zwischen diesen und der Jungen DGO wünschen sich viele Mitglieder einen besseren

Informationsfluss und mehr Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Darüber hinaus sieht die Evaluation bei der Förderung des Wissensaustauschs innerhalb der Organisation sowie mit externen Akteuren Bedarf nach weiterer Entwicklung.

Die Junge DGO hat sich in den vergangenen Jahren als wichtige Säule der DGO etabliert. Der Austausch zwischen den Generationen wird von vielen Mitgliedern ebenfalls als wichtige Aufgabe der DGO angesehen. Als positives Beispiel dafür wird das Mentoring-Programm genannt. Trotzdem spüren junge Mitglieder ein hierarchisches Gefälle, welches in ähnlicher Weise in der Wissenschaftswelt wahrgenommen wird. Eine stärkere Präsenz von Promovierenden und Postdocs in den Fachgruppen könnte zu mehr Austausch auf Augenhöhe beitragen.

Auch im Bereich der Wissenschaftskommunikation sehen viele Mitglieder noch Entwicklungspotenzial. Mit der neu eingeführten online-Veranstaltungsreihe WissKomm hat die DGO auf diesen Bedarf inzwischen bereits reagiert.

Als neue und wichtige Aufgabe der DGO betrachten viele Mitglieder die Unterstützung von exilierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland. Obwohl die DGO in diesem Bereich in den letzten Jahren bereits viel geleistet hat, sollte sie sich als Verband hier noch deutlicher positionieren.

Allerdings verweist die Evaluation in diesem Zusammenhang auch deutlich auf die eingeschränkten finanziellen und personellen Ressourcen der DGO:

„Die Mittel der Geschäftsstelle reichen nach übereinstimmender Einschätzung nicht aus, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Neue Aufgabenfelder wie die Vernetzung von exilierten Wissenschaftler:innen, die Entwicklung digitaler Formate oder systematisches Fundraising können unter den

## Evaluierung der Verbandsarbeit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO)

Abschlussbericht

Datum: 01.10.2025



gegebenen Bedingungen kaum angemessen bearbeitet werden. Die Evaluation macht deutlich, dass mit zusätzlicher personeller und finanzieller Ausstattung eine erhebliche Wirkungsausweitung möglich wäre.“

### UMGANG MIT DEN ANGRIFFEN AUF DIE DGO

Die Evaluation berücksichtigte auch die Herausforderungen, vor denen die DGO aufgrund der Angriffe russischerseits steht:

„In der Wahrnehmung einiger Mitglieder hat die DGO seit der Listung als „extremistische Organisation“ in Russland eine neue Rolle übernommen. Die Geschäftsstelle wird hier grundsätzlich als eine wertvolle Anlaufstelle beschrieben, die über mögliche Gefährdungen informiert und bei der Kommunikation mit Behörden unterstützt. Die Unterstützung der Mitglieder durch den Verein wird in diesem Zusammenhang als zentral wahrgenommen. Besonders bedeutsam sind Maßnahmen der Information und Aufklärung: Mitglieder schätzen Hinweise zu möglichen Gefährdungen bei öffentlichen Auftritten oder Auslandsreisen und die klare Kommunikation über potenzielle Risiken. Hinzu kommen konkrete Schutzmöglichkeiten, etwa die Anonymisierung von

Namen in Veröffentlichungen oder die Sensibilisierung für den Umgang mit persönlichen Daten. [...] Besonders positiv hervorgehoben wurde die offene und transparente Informationspolitik der DGO im Umgang mit sensiblen Themen – insbesondere im Zusammenhang mit der russischen Einstufung der DGO als extremistische Organisation. Mitglieder und Fachgruppen lobten die klare Kommunikation der Geschäftsstelle in dieser Phase, die zu einer Stärkung des Vertrauensverhältnisses beigetragen habe.“

Trotzdem empfinden viele Mitglieder die Listung als belastend:

„Die Listung der DGO hat für Mitglieder eine besondere Sensibilität geschaffen. Auch wenn unmittelbare persönliche Bedrohungen selten auftreten, ist die Sorge präsent, dass öffentliche Sichtbarkeit oder bestimmte Engagementformen negative Folgen haben könnten – sei es durch Anfeindungen in digitalen Räumen, durch Risiken bei Reisen oder durch mögliche Konsequenzen für Angehörige im Ausland.“ Weiter heißt es: „die Listung der DGO als „extremistische Organisation“ hatte für einige (22%) der Befragten negative Auswirkungen auf ihr Berufsleben. Im Falle der akademisch Tätigen wurde in diesem Zusammenhang auf Kooperationen, Feldforschung und Forschungsthemen, im außerakademischen Bereich Kooperationen, Dienstreisen und Arbeitsinhalte hingewiesen.“

Die Evaluation macht auch hier konkrete Angaben zu den Erwartungen der Mitglieder an die Verbandsarbeit:

„Die Rolle der DGO in ihrer Reaktion auf die Listung sehen die Mitglieder vor allem in der politischen Lobbyarbeit (86%), der aktiven Diskussion des Themas in den Medien (83%) sowie der proaktiven Unterstützung betroffener Mitglieder (83%) und deutlich weniger in der Einleitung juristischer Schritte (27%).“

#### WISSENSCHAFT UNTER ZUNEHMENDEN POLITISCHEN SPANNUNGEN

Die Angriffe russischerseits auf die DGO werden im Rahmen der Evaluation auch im breiteren politischen Kontext betrachtet. Die Umfrage und die unterschiedlichen Gespräche thematisierten auch die Folgen der zunehmenden politischen Konflikte im östlichen Europa für die einzelnen Mitglieder:

„Mehr als ein Drittel der Befragten (34%) gaben sogar an, aufgrund Ihrer wissenschaftlichen/beruflichen Tätigkeit in Konflikte geraten zu sein, die im Zusammenhang mit dem russischen Krieg in der Ukraine standen, welche nicht nur im Arbeitsumfeld, sondern auch im Kontakt mit Freunden oder sogar im familiären Umfeld ausgetragen wurden. [...] Mehr als jedes dritte Mitglied (35%) hat familiäre Beziehungen nach Mittel- und Osteuropa bzw. Eurasien und steht häufiger mit Familienmitgliedern oder Freunden in Russland oder Belarus im Kontakt. Seit der Invasion im Februar 2022 sind bei vielen Mitgliedern (32%) die Kontakte seltener geworden, was in engem Zusammenhang damit stehen dürfte, dass Reisen in Länder, die ‚Russland nahestehen‘ im Zusammenhang mit der aktuellen Situation deutlich unattraktiver geworden sind.“

Die Frage, wie weit die DGO sich in der aktuellen Situation politisch äußern sollte, wird von den Mitgliedern nicht einheitlich beurteilt:

„Die Positionierung der DGO im Kontext des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine wird in den Interviews breit thematisiert und als fundamentale Zäsur wahrgenommen. Viele Befragte begrüßen dies ausdrücklich. [...] Sie sehen darin ein notwendiges Signal der Solidarität mit der Ukraine und ein Zeichen dafür, dass wissenschaftliche Arbeit nicht losgelöst von politischen Realitäten stattfinden kann. Gleichzeitig verweisen einige Interviewte auf Spannungen, die aus dieser Positionierung entstehen. Kritische Stimmen betonen, dass die DGO Gefahr laufe, zu politisch zu agieren und sich in Richtung einer aktivistischen Haltung zu bewegen. Sie beklagen, dass wissenschaftliche Neutralität dadurch unter Druck gerate und dass nicht alle Mitglieder sich mit den formulierten Stellungnahmen identifizieren können. So wird berichtet, dass eine kleine, aber klare Minderheit die Haltung der DGO nicht teilt und diese als unangemessen empfindet. In einzelnen Fällen führte dies zu offenen Konflikten, etwa wenn Mitglieder sich nicht mehr repräsentiert fühlten oder Veranstaltungen aufgrund der politischen Positionierung der DGO kontrovers diskutiert wurden. Damit zeigt sich ein Spannungsfeld zwischen dem Anspruch, wissenschaftlich fundierte Analysen zu liefern, und dem Erwartungsdruck, politisch Stellung zu beziehen.“

Eine wichtige Frage für den Verband bleiben die Auswirkungen der zunehmend erschwerten Forschungs-

bedingungen auf die Attraktivität der Osteuropawissenschaften. Die Umfrage zeigt, dass die grundsätzliche Bereitschaft, sich wissenschaftlich mit dem östlichen Europa zu beschäftigen, unter den Mitgliedern der DGO konstant ist, oder sogar leicht zugenommen hat: Offenbar hat sich

„weder die Listung, noch die Invasion bzw. Kriegssituation negativ auf die Entscheidung für bzw. das Interesse an einer ‚Doktorarbeit auf dem Gebiet der Osteuropakunde‘“ ausgewirkt. [...] Dieses positive Bild erscheint insbesondere bemerkenswert, da ein Großteil der Befragten (57%) aus dem russischen Krieg gegen die Ukraine eine Beeinflussung ihrer beruflichen Tätigkeit ableiten, was (im Falle der akademisch Tätigen) Forschungsthemen, Kooperationen, Konferenzteilnahmen, Feldforschung und Publikationen bzw. (im außerakademischen Bereich) Kooperationen, Dienstreisen und Arbeitsinhalte betrifft.“

Dieser Befund lässt hoffen, dass die Forschung zum östlichen Europa in Deutschland trotz der widrigen Umstände für viele Osteuropawissenschaftlerinnen und -wissenschaftler weiterhin attraktiv bleibt.

\*\*\*

Die wachsenden Herausforderungen für die DGO als Interessensverband werden in dem Abschlussbericht klar benannt:

„Die Evaluation hat an verschiedenen Stellen immer wieder deutlich gemacht, wie groß die Herausforderung durch die aktuelle politische Situation ist. Für die DGO bedeutet sie – in Verbindung mit der starken Zunahme an Mitgliedern in den letzten Jahren – einen nie gekannten Zuwachs an Aufgaben: transparente Information und Aufklärung seitens der DGO an ihre Mitglieder; Ansprechbarkeit bei spezifischen, Problemlagen, die in Zusammenhang mit der DGO-Mitgliedschaft stehen; Integration von geflüchteten Scholars; Ausgleich für die wegfallenden Forschungs- und Austauschmöglichkeiten mit Russland. Die DGO geht diese Aufgaben aktiv an, was zu einer erheblichen Mehrbelastung bis Überlastung der Geschäftsstelle führt.“

Auch die weitere Mitteleinwerbung bleibt daher eine zentrale Aufgabe für den Verband.

## Stellungnahme zum Auslaufen der Förderung des Forums für historische Belarus-Forschung

Das Forum für historische Belarus-Forschung unterstützt belarusische Wissenschaftler\*innen im Exil und wirkt der Instrumentalisierung von Geschichte in Belarus entgegen. Damit hat es jenseits bisheriger bilateraler Formate Modellcharakter für die Erforschung von Geschichte in ihren transnationalen Bezügen. Das Auswärtige Amt hat im vergangenen Herbst angekündigt, die Förderung des Forums über Dezember 2025 hinaus nicht zu verlängern. Diese Entscheidung erachten wir als hochproblematisch und haben uns in einer Stellungnahme dazu geäußert:

Berlin, 20. Oktober 2025

Mit großem Bedauern haben wir erfahren, dass das Auswärtige Amt die Förderung des *Forums für historische Belarus-Forschung* ([Unterseite verlinken](#)) über Dezember 2025 hinaus nicht verlängern möchte.

Diese Entscheidung erachten wir in der aktuellen Situation als hochproblematisch. In Belarus wird Geschichte vom Regime für die Legitimierung autoritärer Herrschaft instrumentalisiert, kritische Forschung durch Gesetze wie jenes über den „Genozid am belarusischen Volk“ kriminalisiert. Insbesondere betrifft dies die Geschichte des Zweiten Weltkriegs, die auch zur Feindbildpflege gegenüber dem Westen verwendet wird. Diese Form der Geschichtspolitik öffnet auch Räume für russische Geschichtsnarrative, die die staatliche Souveränität von Belarus und die europäische Ordnung infrage stellen.

Historiker\*innen, die diesen Narrativen widersprechen, müssen Repressionen fürchten, die bis hin zu mehrjährigen Haftstrafen reichen. Unabhängige, kritische Forschung ist durch die zunehmende politische Kontrolle über Forschung und Lehre in Belarus kaum mehr möglich. So hat das Regime eine Atmosphäre der Angst geschaffen. Zahlreiche Wissenschaftler\*innen mussten im Zuge der Repressionen Belarus verlassen und leben nun im Exil. Viele von Ihnen wurden aufgrund ihrer Expertise und politischen Analysen in Abwesenheit zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

### EINE EINZIGARTIGE PLATTFORM FÜR UNABHÄNGIGE BELARUS-FORSCHUNG

Mit seinen zahlreichen Aktivitäten wirkt das Forum für historische Belarus-Forschung der Instrumentalisierung von Geschichte in Belarus mit wissenschaftlicher Präzision, internationaler Zusammenarbeit und öffentlicher Aufklärung entgegen. Thematisch fokussiert sich die Arbeit des Forums auf die am stärksten von der Instrumentalisierung betroffenen Geschichtsfelder: Die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts sowie die nationalsozialistische Besatzungspolitik auf dem Gebiet von Belarus inklusive ihrer Nachwirkungen bis in die Gegenwart. Das Forum für historische Belarus-Forschung ist derzeit die einzige institutionalisierte Struktur in Deutschland, die diese Arbeit systematisch und sehr differenziert leistet.

Für belarusische Wissenschaftler\*innen im Exil schafft das Forum darüber hinaus eine wichtige Plattform zur Etablierung und Vernetzung in der europäischen Wissenschaftslandschaft. Trotz der widrigen politischen Umstände gelingt es dem Forum somit seit seinem Bestehen, weiterhin mit unabhängigen Historiker\*innen in Belarus im Austausch zu stehen, kritischen Stimmen Raum zu geben und repressierte Historiker\*innen zu unterstützen.

In einem Umfeld, in dem kritische Forschung in Belarus selbst kaum mehr möglich ist, bietet das Forum unabhängigen Forschenden aus Belarus und anderen Staaten eine Plattform für wissenschaftlichen Austausch, Diskussionen und internationale Vernetzung. Das international agierende Forum hat somit jenseits bisheriger bilateraler Formate Modellcharakter für die Erforschung von Geschichte in ihren transnationalen Bezügen.

Es ist wichtig, dass Deutschland seine aktive Rolle in der Förderung unabhängiger Forschung und Wissenschaft trotz der widrigen politischen Situation in Belarus aufrechterhält. Das Ende des Forums wäre daher auch ein fatales Signal an die belarusische Wissenschaftsgemeinschaft.

Wir sind beeindruckt von der Solidarität, die wir als Antwort auf die Nachricht über das Auslaufen der Finanzierung erfahren haben und danken allen Beteiligten und Unterstützer\*innen, die das Forum seit 2022 begleiten und seine Arbeit möglich machen.

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

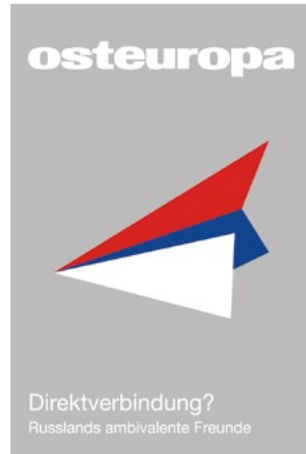
## Das Forum für historische Belarus-Forschung:



Das Forum für historische Belarus-Forschung wurde 2022 von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde ins Leben gerufen und durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) mit Mitteln des Auswärtigen Amtes gefördert. Es ging aus der Belarussisch-Deutschen Geschichtskommission hervor. Die Kommission wurde 2020 auf Initiative von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gegründet und 2021 aufgrund der politischen Repressionen in Belarus eingefroren.

# Publikationen

## OSTEUROPA



In Belarus und im Donbass, in Moldova und Kasachstan gibt es Kräfte, die an der Seite Moskaus stehen. Sie gelten als prorussisch, russlandnah oder aber als zynische Handlanger imperialer Politik. Doch welche Interessen verfolgen diese „Russlandfreunde“, welche Welt- und Geschichtsbilder teilen sie. Diesen Fragen widmen sich acht Studien in der neuen Osteuropa-Ausgabe „Direktverbindung? Russlands ambivalente Freunde“. Zusätzlich analysiert Roland Götz Russlands Kriegswirtschaft, die nach dem Stalinschen Motto „Alles für die Front, alles für den Krieg“ funktioniert, Ilse Kreutzberg nimmt die patriotische Mobilisierung in den neuen verbindlichen Schulbüchern in Russland unter die Lupe und Moritz Florin widmet sich der künstlerischen Protestkultur in Tiflis.

Der Band umfasst 208 Seiten. DGO-Mitglieder können ihn für 18,00 € (statt 24 €) zzgl. Versandkosten bestellen.



Die polnische und die rumänische Gesellschaft sind polarisiert, Rechtsradikale auf dem Vormarsch und die Unterstützung für die Ukraine erodiert. Das sind zentrale Befunde aus dem neuen OSTEUROPA-Band „Machtsplitter“. Im Mittelpunkt stehen die Wahlen in Polen und Rumänien. Acht Studien analysieren die gesellschaftlichen Hintergründe des Wahlverhaltens und die außenpolitischen Folgen der neuen politischen Konstellation. Aufmerksamkeit verdient Oliver Jens Schmitts grundlegende Darstellung der fatalen Traditionen rechtsextremen Denkens in Rumänien. Beiträge zur Lage der Menschenrechte in Belarus und zur Militarisierung der Kindheit in Russland runden den Band ab.

Der Band umfasst 216 Seiten, 15 Abbildungen und 2 Karten. DGO-Mitglieder können ihn für 18,00 € (statt 24 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

### Inhalt

- EDITORIAL**  
Direktverbindung?
- Roland Götz**  
„Alles für die Front, alles für den Sieg“  
Russlands Volkswirtschaft im Krieg
- Ilse Kreutzberg**  
Russlands großartiges 20. Jahrhundert  
Geschichtsbild im Schulbuch
- Moritz Florin**  
Palimpsest des Protests  
Tbilisis Graffiti-Landschaft im Frühjahr 2025
- Nikolay Mitrokhin**  
Russlands Krieg gegen die Ukraine  
Wochenberichte Mai und Juni 2025

- „RUSSLANDS FREUNDE“**  
Prorussisch! Oder nicht ganz?  
Zum Themenschwerpunkt
- Alexandr Osipian**  
Der Donbass, 1991–2014  
Politik, Identität und der Weg zum Aufstand
- Alexandr Voronovici**  
Labor für die Russische Welt  
Selbstbild und Nation im Donbass
- Volodymyr Ishchenko, Don Kalb**  
Vom Kopf auf die Füße  
Die Ukraine neomarxistisch gelesen
- Petru Negură, Lilian Negura**  
Ambivalente Einstellungen  
Moldovas Gesellschaft und Russlands Krieg in der Ukraine

- Aliaksei Bratachkin**  
Im Zweifel pro Russland  
Geschichte, Politik und Diktatur in Belarus
- Andrey Makarychev**  
Multiple Identität oder Doppelleben?  
Zum Selbstverständnis der Russen in Estland
- Nikolay Mitrokhin**  
Glaubenssicherheit  
Der estnische Staat und die Estnische Orthodoxe Kirche
- Filipp Semyonov**  
Die Politik der Entpolitisierten  
Kasachstans Russen: Integration oder Radikalisierung?

### Inhalt

- EDITORIAL**  
Wahlen: Gründe und Abgründe?
- Natal'ja Dulina**  
„Keine Geschäfte mit einem Menschenfresser“  
Politische Gefangene in Belarus
- Menschenrechte in Belarus. Bericht der Bürgerrechtsorganisation Vjasna Dokumentation*
- MACHTFRAGEN IN POLEN UND RUMÄNIEN**
- Reinhold Vetter**  
Polarisierungskontinuität  
Polen nach den Präsidentschaftswahlen
- Paweł Marczewski**  
Rollback oder Neuanfang  
Polens Präsidentschaftswahl 2025

- Piotr Buras**  
Polens Außenpolitik unter Tusk  
Neuorientierung und innenpolitische Zwänge
- Marta Bucholc, Maciej Komornik**  
Bananenschalen im Minenfeld  
Schwierige Rekonstruktion des Rechtsstaats in Polen
- Kai-Olaf Lang**  
Politisches Beben  
Präsidentschaftswahlen in Rumänien
- Oliver Jens Schmitt**  
Fatale Traditionen  
Rechtsradikales Denken in Rumänien
- Im Schafspelz? Eine politische Blütenlese aus Rumänien Dokumentation*

- Laurențiu Pleșca**  
Rumänien und Moldova  
Eine Beziehungsanalyse
- MACHTFRAGEN IN RUSSLAND**
- Irina Rastorgueva**  
Kanonenfutter für die Heimat  
Russlands Pädagogik im Dienste des Krieges
- Zaur Gasimov**  
Soft Power, Hard Power und Nuclear Power  
Russland in Ägypten
- Nikolay Mitrokhin**  
Russlands Krieg gegen die Ukraine  
Wochenberichte Juni–Juli 2025



Russland setzt den Krieg gegen die Ukraine mit unverminderter Härte fort. Am Boden sind beide Armeen erschöpft, doch der Rüstungswettlauf treibt die Droh- nentechnologie voran. Der Krieg hinterlässt auch jenseits der Schlachtfelder und Einschlagskrater tiefe Spuren in Gesellschaft und Politik der Ukraine, Russlands und anderer ostmittel- und osteuropäischer Staaten. Der Band geht dem am Beispiel des Angriffs auf die Korruptionsbekämpfung in der Ukraine, der Militarisierung der russ- ländischen Gesellschaft und des lettischen Grenzregimes nach. Rückblicke auf die europäische Geschichte in der 2. Hälfte des 20. Jahrhundert reflektieren eine ganz andere Zeitenwende: den Umbruch von 1989, der mit dem Brief der polnischen Bischöfe von 1965 und der KSZE-Schlussakte von 1975 seinen Anfang nahm.

Der Band umfasst 200 und 23 Abbildungen. DGO-Mitglieder können ihn für 18,00 € (statt 24 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

## Inhalt

### Aleksandr Morozov

„Europa wird kämpfen müssen – und darauf gilt es sich vorzubereiten“  
Das Scheitern der Waffenstillstands- verhandlungen in Alaska

### Nikolay Mitrokhin

Russlands Krieg gegen die Ukraine  
Wochenberichte August-Oktober  
2025

### Mattia Nelles

Tod durch tausend Nadelstiche  
Angriff auf die Korruptionsbekämp- fung in der Ukraine

### JAHRESTAGE

### Martin M. Šimečka

Wie die Schlussakte von Helsinki  
mein Leben verändert hat

### Przemysław Czapliński

Von Erzeuropa zu Antieuropa  
Milan Kunderas Mitteleuropa-Essay

### Robert Žurek

Am Anfang war das Wort  
Der Brief der polnischen Bischöfe  
1965

„Wir gewähren Vergebung und bitten  
um Vergebung“ Brief der polnischen  
Bischöfe 1965  
Dokumentation

Antwort der deutschen Bischöfe  
1965

Dokumentation

### MOMENTAUFNAHMEN

### Kurt Haven

Russlands Polizei  
Krisenerscheinungen in Kriegszeiten

### Aleksandr Kynev

„Eliten“-Wechsel  
Die neue Nomenklatura in Russlands  
Regionen

### Marija Kugel'

Falsche und richtige Menschen  
Lettland: Demographie, Migration,  
Grenzregime

### RÜCKBLICKE

### Hans Janus

Das Ende vor Augen  
Eine kurze Geschichte der Ost-  
rechtsforschung

### Caroline Breitfelder

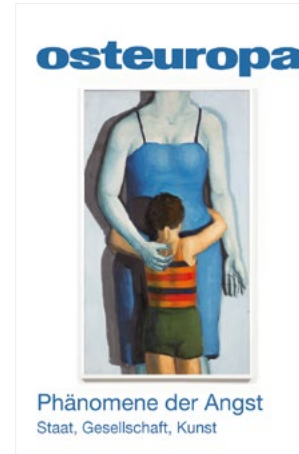
Die Presse und die Politik  
Paul Scheffer und der Šachty-Pro-  
zess 1928

### Johannes Bent

Ernst Troeltsch und Osteuropa  
Zur Aneignung eines deutschen  
Geschichtsdenkens

### Simon Schulz

Der vergessene „Wetterkrieg“  
Eine historische Episode im Spiegel  
der Sowjetmedien



Russlands Gesellschaft ist von einer tief verwurzelten Angst geprägt. Sie geht auf den stalinistischen Massenterror zurück, das Putin-Regime hat die Furcht reaktiviert und nutzt sie zur Kontrolle der Gesellschaft. Zugleich versucht Russland, Angst nach außen zu projizieren. Doch obwohl sich die ukrainische Armee in prekärer Lage befindet und die Menschen in den ukrainischen Großstädten aufgrund der massiven Luftangriffe einen sehr schweren Kriegswinter erleben, lässt das Land sich nicht einschüchtern. Im Südkaukasus hingegen gehen Georgien und Armenien unterschiedliche Pfade in der Russlandpolitik.

Der Band umfasst 176 Seiten und 25 Abbildungen. DGO-Mitglieder können ihn für 18,00 € (statt 24 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

## Inhalt

### EDITORIAL

„Eppur si muove!“

### Lev Gudkov

Eine Theorie der kollektiven Angst  
Ursachen und Dimensionen: der Fall  
Russland

### Wolfgang Stephan Kissel

Die moderne Stadt als Raum der Angst  
Agoraphobie in Andrej Belyjs Peters-  
burg

### Bernd Feuchtner

Lieder der Nacht, Nächte der Angst  
Angst in der Musik von Dmitrij Šosta-  
kovič

### Jay Winter

Geschichte und Erinnerung  
Der Zweite Weltkrieg in Europa

### Mark Belorusez

Übersetzung als Überlebensform  
Sprachen und Poesie im sowje-  
tischen Kiew

### Katharina Raabe

Übersetzen und Vermitteln als Le-  
bensform  
Laudatio auf Ilma Rakusa

### WELT IM UMBRUCH

### Nikolay Mitrokhin

Russlands Krieg gegen die Ukraine  
Wochenberichte Oktober 2025 bis  
Dezember 2025

### Anna Gevorgyan'

Sicherheitsbrücke  
Armenien und der Iran

### Ina Rumiantseva

Raus aus der Sackgasse  
Für eine neue europäische  
Belarus-Politik

### Vakhtang Partsavania

Vertuschung als Geschäftsmodell  
Georgien als Umschlagplatz für Öl  
aus Russland

### Marine Chitashvili

„Dies ist das Ende der Hochschulau-  
tonomie“  
Das geplante Bildungsgesetz in  
Georgien

### Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit  
Angabe der Lieferadresse per Mail  
an [osteuropa@dgo-online.org](mailto:osteuropa@dgo-online.org) oder  
teilen Sie uns Ihre Bestellung telefo-  
nisch mit: 030 / 30 10 45 -81 /-82.

## OSTERWEITERUNG – der DGO Podcast

Die DGO verfügt über umfassende Expertise zu allen Ländern des östlichen Europa. Diese Expertise gibt es nun auch als Podcast! In „OSTERWEITERUNG – der DGO Podcast“ laden wir renommierte Expert\*innen ein und diskutieren mit ihnen über aktuelle Entwicklungen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in der Region.

OSTERWEITERUNG ist kostenlos über alle gängigen Podcast-Plattformen abrufbar, z.B. auf Podcast.de, Spotify, Amazon, YouTube oder Apple Podcast.

Die neuen Episoden im Überblick:

### Episode 17: 50 Jahre Helsinki: Prinzip Hoffnung oder Illusion?

50 Jahre nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki ringt die OSZE um ihre Handlungsfähigkeit, während Kriege, Grenzverletzungen und geopolitische Spannungen die Prinzipien von Frieden und Zusammenarbeit auf eine harte Probe stellen. In dieser Ausgabe von OSTERWEITERUNG sprechen wir mit unseren Gästen wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine das Denken über kollektive und kooperative Sicherheit verändert und welche Rolle die NATO, die Europäische Union und die deutsche Zeitenwende in einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur spielen.

Ein Gespräch über die Zukunft der Zusammenarbeit in Europa und das „Prinzip Hoffnung“ trotz aktueller Herausforderungen mit Pia Fuhrhop, Leiterin der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik und Karsten Voigt u.a. lange Vorsitzender der Kommission für internationale Politik der SPD Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit.

[www.podcast.de/episode/692884073/50-jahre-helsinki-prinzip-hoffnung-oder-illusion](http://www.podcast.de/episode/692884073/50-jahre-helsinki-prinzip-hoffnung-oder-illusion)



### Episode 18: Kriege, Imperien, Zusammenbrüche: Das Jahrhundert der Osteuropa

Eine Zeitschrift, die seit 100 Jahren zwischen allen Stühlen sitzt: Osteuropa, gegründet 1925 aus dem Geist von Rapallo, feiert Jubiläum, das nur wenige Zeitschriften feiern können. Seit einem Jahrhundert kämpft sie für die Verteidigung des großen Essays – und für das Recht, die Realität im Osten des Kontinents ungeschönt abzubilden, auch wenn das heute gefährlich geworden ist.

Die Zeitschrift, deren Trägerorganisation inzwischen in Russland als extremistisch gilt, steht vor neuen Herausforderungen. Ihre Redaktion arbeitet mit mutigen Sozialwissenschaftler\*innen und Exilautor\*innen, die komplexe Kontexte verständlich machen – seit 100 Jahren.

Über die Geschichte, Gegenwart und Zukunft dieser besonderen Zeitschrift sprechen wir mit Katharina Raabe, Lektorin im Suhrkamp Verlag und langjährige Autorin der Osteuropa, und Manfred Sapper, Chefredakteur der Zeitschrift Osteuropa.

[www.podcast.de/episode/694808432/kriege-imperien-zusammenbrueche-das-jahrhundert-der-osteuropa](http://www.podcast.de/episode/694808432/kriege-imperien-zusammenbrueche-das-jahrhundert-der-osteuropa)



### Episode 19: Südkaukasus: Neuordnung im Schatten Russlands

Die politische Erdbebenlinie zwischen Russland, der Türkei, dem Iran und der EU wird neu gezogen. In dieser Ausgabe von OSTERWEITERUNG schauen wir uns an, warum das ehemals proeuropäische Georgien nach einer autoritären Wende nun stark hin zu Russland tendiert und die Demokratie systematisch abbaut, Armenien nach der Vertreibung der Karabach-Armenier\*innen verzweifelt neue Partner im Westen sucht und Aserbaidschan nach einem militärischen Triumph eine härtere Gangart gegenüber Moskau einschlägt.

Redakteur Volker Weichsel (Zeitschrift Osteuropa) Zaal Andronikashvili (u.a. ZfL) sowie Matt Kasper (Meydan TV) erklären die aktuellen Entwicklungen in Innen- und Außenpolitik, Pressefreiheit und die Ambitionen der Führungskräfte in Georgien, Armenien und Aserbaidschan und die Interessen der Nachbarregionen.

[www.podcast.de/episode/696390552/suedkaukasus-neuordnung-im-schatten-russlands](http://www.podcast.de/episode/696390552/suedkaukasus-neuordnung-im-schatten-russlands)



## Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de) kostenlos zugänglich.



### Belarus-Analysen

Belarus-Analysen Nr. 78 (08.07.2025)  
**Die Beziehungen zwischen Belarus und den USA**

Belarus-Analysen Nr. 79 (20.11.2025)  
**Förderung guter Regierungsführung in Belarus**

Belarus-Analysen Nr. 80 (17.12.2025)  
**Beziehungen von Belarus zu Russland und Polen**

### Polen-Analysen

Polen-Analysen Nr. 350 (08.07.2025)  
**Die polnische EU-Ratspräsidentschaft 2025 – eine Bilanz**

Polen-Analysen Nr. 351 (02.09.2025)  
**Polen nach den Präsidentschaftswahlen 2025**

Polen-Analysen Nr. 352 (16.09.2025)  
**Immigration**

Polen-Analysen Nr. 353 (21.10.2025)  
**Die polnische Außenpolitik und der Einfluss der Geschichte und Identität**

Polen-Analysen Nr. 354 (11.11.2025)  
**Die junge Generation**

Polen-Analysen Nr. 355 25.11.2025  
**Polen in der Wehrmacht**

Polen-Analysen Nr. 356 (02.12.2025)  
**Die Konföderation – Herkunft, Kontext, politisches Profil**

### Ukraine-Analysen

Ukraine-Analysen Nr. 318 (04.07.2025)  
**Hochschulbildung im Krieg**

Ukraine-Analysen Nr. 319 (10.10.2025)  
**Persönliches Wohlbefinden und Glück**

Ukraine-Analysen Nr. 320 (03.11.2025)  
**Russlands Krieg gegen die Ukraine und Kriegsverbrechen**

Ukraine-Analysen Nr. 321 (17.11.2025)  
**Drohnenkrieg**

Ukraine-Analysen Nr. 322 (27.11.2025)  
**Korruption: Skandale, Bekämpfung, Proteste**

Ukraine-Analysen Nr. 322 (15.12.2025)  
**Umweltfolgen des Krieges und nachhaltige Transformation im Agrarsektor**

### Russland-Analysen

Russland-Analysen Nr. 468 (11.07.2025)  
**(De-)politisierter Aktivismus**

Russland-Analysen Nr. 469 (30.07.2025)  
**Regimeresilienz**

Russland-Analysen Nr. 470 (13.10.2025)  
**Desinformation / Wahlen**

Russland-Analysen Nr. 471 (11.11.2025)  
**Atomenergie als Waffe**

Russland-Analysen Nr. 472 (18.11.2025)  
**Kunstaustellungen über den Krieg / Außenkulturpolitik im Iran**

Russland-Analysen Nr. 473 (24.11.2025)  
**Russlands Krieg gegen die Ukraine und Kriegsverbrechen**

Russland-Analysen Nr. 474 (17.12.2025)  
**Kriegswahrnehmung**

### Zentralasien-Analysen

Zentralasien-Analysen Nr. 169 (13.10.2025)  
**Afghanistan-Politik der Vereinigten Staaten, Russlands und der Türkei**

Zentralasien-Analysen Nr. 170 (12.12.2025)  
**Mittelkorridor**

### Caucasus Analytical Digest

[www.css.ethz.ch/publikationen/caucasus-analytical-digest.html](http://www.css.ethz.ch/publikationen/caucasus-analytical-digest.html)

No. 143 (October 2025)  
**Azerbaijan's International Relations**

No. 144 (December 2025)  
**Queer-Feminist Resistance and Post-Socialist Entanglements**

### Ukrainian Analytical Digest

[www.css.ethz.ch/publikationen/uad.html](http://www.css.ethz.ch/publikationen/uad.html)

Nr. 14 (September 2025)  
**Recovery, Resilience, and Resources**

Nr. 15 (Oktober 2025)  
**Russia's War Against Ukraine: War Crimes and Ukraine's Quest for Justice**



# Mitglieder

## Veröffentlichungen

**Angermann**, Norbert / **Klöker**, Martin / **Koiv**, Lea / **Plath**, Tilman (Hrsg.): *Persönlichkeiten der Frühen Neuzeit in den baltischen Ländern*. Münster: Lit Verlag, 2025.

**Astrouskaya**, Tatsiana: *Культура и сопротивление Интеллигенция, инакомыслие и самиздат в советской Беларуси (1968–1988)*. Новое литературное обозрение, 2025 (*Kul'tura i soprotivlenie. Intelligencija, inakomyслиe i samizdat v sovetskoj Belarusi (1968–1988) / Cultural Dissent in Soviet Belarus (1968–1988)*). *Intelligentsia, Samizdat and Nonconformist Discourses*).

**Bohn**, Thomas M.: *Weißrussland oder Belarus? Die Weiße Ruß in Historiographie und Kartographie*. Historische Belarus-Studien 11. Wiesbaden: Harrassowitz, 2025.

**Bruisch**, Katja: *Burning Swamps. Peat and the Forgotten Margins of Russia's Fossil Economy*. Cambridge: Cambridge University Press, 2025.

**Hein-Kircher** Heidi / **Hiemer**, Elisa-Maria / **Nešt'akóva**, Denisa (Hrsg.): *Challenging Norms. Family Planning as a Reflection of Social Change in 20th Century Eastern Europe*. New York/Oxford: Berghahn Books, 2025.

**Hein-Kircher**, Heidi / **Sterkenbergh**, Frank (Hrsg.): *Modernizing Europe's Imperial Monarchies: Germany, Austria-Hungary, and Russia in the Nineteenth Century*, Cham. 2025.

**Lorenz**, Astrid / **Maris**, Daniela-Maria (Hrsg.): *Politics and Society in Romania. The Beginning of a New Transition?* Wiesbaden: Springer, 2025.

**Lorenz**, Astrid / **Müller**, Dietmar / **Nemec**, Jan / **Hartmann**, Madeleine / **Vig**, Dorottya: *Rechtsstaatlichkeit in Ostmitteleuropa*. Wiesbaden: Springer VS, 2025.

**Meienberger**, Alexander / **King-Savić**, Sandra / **Bieger**, Katharina (Hrsg.): *Mit Osteuropa denken: Kultur, Wissenschaft, Politik*. Berlin: Frank & Timme, 2025.

**Menzel**, Birgit / **Tessmann**, Anna (Hrsg.): *Dwelling in Parallel Worlds. Esoteric and New Age Milieus in the Soviet Period and Afterward*. Münster: Lit Verlag, 2025.

**Nicolosi**, Riccardo: *Vojennaja ritorika Putina (Putins Kriegsrhetorik)*. München: Freedom Letters, 2025.

**Plath**, Tilman: *Peters unsichtbare Hand? Außenhandelspolitik und ökonomisches Denken im Russland des 18. Jahrhunderts*. Wien: Böhlau/Brill, 2025.

**Schmid**, Ulrich: *Ukrainische Literaturgeschichte*. Berlin: Metzler, 2025.

**Schmitt**, Oliver Jens: *Moskaus westliche Rivalen. Eine europäische Geschichte vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer*. Stuttgart: Klett-Cotta, 2025.

**Wieser**, Bernd / **Lazur**, Yaroslav / **Karabin**, Tetyana / **Bilash**, Oleksandr (Hgs.): *Allgemeines Verwaltungsrecht*. Lehrbuch. Odessa: Verlag Juridika, 2025. (*Zagal'ne administrativne pravo*. *Pidručnik*, Odessa: Založba Juridika, 2025.)

**Wlostowska**, Magda: *Bewegende Begegnungen. Transnationaler Aktivismus und queere Selbstverortungen in Polen seit den 1980er Jahren*. Bielefeld: Transcript, 2025.

## Personalien

### Abschiede

**Martin Fincke**, Passau.  
Verstorben am 18. November 2025

**Jutta Scherer**, Paris (FRA).  
Verstorben am 25. August 2025

**Peter Spary**, Berlin.  
Verstorben am 2. Mai 2025



Sophija Savtchouk



## Junge DGO im 2. Halbjahr 2025

Das zweite Halbjahr 2025 war für die Junge DGO von einem vielfältigen und thematisch breit gefächerten Veranstaltungsprogramm geprägt. Ziel war es erneut, jungen osteuropainteressierten Wissenschaftler\*innen Räume für fachlichen Austausch, berufliche Orientierung und interdisziplinäre Vernetzung zu bieten sowie neue Perspektiven auf aktuelle politische, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen in Ostmittel- und Osteuropa zu eröffnen.

### STUDENTISCHE NACHWUCHSKONFERENZ „BEYOND EMPIRES – FOKUS OSTEUROPA“

Auf die 32. Tagung Junger Osteuropaexpert\*innen im Juli in Dresden (s. Rundbrief 1-2025) folgte im Oktober die zweitägige studentische Nachwuchskonferenz am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin zur Fragestellung „Beyond Empires – Fokus Osteuropa“, an der auch die Junge DGO beteiligt war. Rund 30 Studierende stellten in sechs Panels Abschlussarbeiten zu verschiedenen Räumen des östlichen Europas vor. Die Beiträge wurden von erfahreneren Expert\*innen diskutiert, die darüber hinaus thematische Impulse einbrachten. Inhaltlich lag ein besonderer Schwerpunkt auf postkolonialen und postimperialen Diskursen.

### MENTORING-PROGRAMM

Ein weiterer zentraler Bestandteil der Nachwuchsförderung bleibt das bewährte Mentoringprogramm der Jungen DGO, das im zweiten Halbjahr mit einem Kickoff-Treffen in Berlin in eine neue Runde ging. Das Programm bringt junge DGO-Mitglieder mit erfahrenen Mitgliedern aus Wissenschaft, Medien,

Politik und Praxis zusammen, um sich in unterschiedlichen Formaten über verschiedene Karrierewege und Herausforderungen in den osteuropabezogenen Arbeitsfeldern auszutauschen. Den Erfolg des Programms belegt das große Interesse, das in diesem Jahr etwa doppelt so groß war wie im Vorjahr.

### REGIONALGRUPPEN

Ein zentrales Element der Jungen DGO bilden die Regionalgruppen: An den vier Standorten Berlin, Gießen, Hamburg sowie München/Regensburg wurden die regelmäßigen Stammtische fortgeführt. Neben den Stammtischen organisierten die Regionalgruppen ein breites Programm mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten.

Die Regionalgruppe **Berlin-Brandenburg** organisierte mit „Jobeinklick Osteuropa“ ein Gespräch mit der Auslandschefin der Funke Mediengruppe Madeleine Janssen. Im Fokus standen Einblicke in die journalistische Berichterstattung über Osteuropa, Arbeitsrealitäten im Auslandsjournalismus sowie ethische und praktische Herausforderungen medialer Repräsentation in Krisenzeiten. Die Veranstaltung bot den Teilnehmenden wertvolle Impulse zur Schnittstelle von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien.

Ebenfalls in Berlin öffnete sich die Junge DGO im zweiten Halbjahr 2025 verstärkt kulturellen Zugängen. Mit einer Führung durch die Ausstellung „A Heart That Beats – Focus on Queer Ukrainian Art“ im Schwulen Museum Berlin wurden künstlerische Positionen queer-ukrainischer Kunst vorgestellt. Die Veranstal-

tung ermöglichte eine Auseinandersetzung mit Fragen von Identität, Sichtbarkeit und Widerstand und zeigte die Bedeutung kultureller Ausdrucksformen im Kontext von Krieg und gesellschaftlichem Wandel. Im Dezember wechselte die Leitung, Johann Stephanowitz und Tom-Aaron Aschke, die bislang die Gruppe mit großem Engagement geleitet hatten, legten ihr Amt nieder, das fortan Lukas M. Dominik, Student an der Filmuniversität Babelsberg, weiterführt.

Dem Film widmete sich wiederum die Regionalgruppe **Gießen** mit thematischen Filmvorführungen, etwa dem ukrainisch-sprachigen Film „Shadows of Forgotten Ancestors“ (Тіні забутих предків), der von einer Diskussionsrunde begleitet wurde.

Die Regionalgruppe **Bayern** legte einen Fokus auf die derzeitigen politischen Entwicklungen. Mit „Wahlen, Wandel und die Visegrád-Länder“ wurden zusammen mit den Experten Jan Goedeking und Marek Pršín die jüngsten politischen Entwicklungen in Polen und Tschechien analysiert und in einen breiteren regionalen Kontext eingeordnet. Die Diskussion verdeutlichte die Dynamiken politischer Transformationen in Ostmitteleuropa und bot Raum für vergleichende Perspektiven.

In einem bewusst informellen Rahmen wurden bei „Crisis (s)pot: Deterrence in Eastern Europe“ (s. Bericht S. 28) am Kochtopf gemeinsam mit Dr. Elia Bescotti aktuelle Fragen der Abschreckungspolitik in Osteuropa diskutiert. Die Verbindung von fachlichem Input und gemeinschaftlichem Kochen förderte einen offenen Austausch und unterstrich den Anspruch der Jungen DGO, innovative und niedrigschwellige Formate zu etablieren.

### AKTIVENTREFFEN

Unser Aktiventreffen fand diesmal im digitalen Raum statt. Dabei stellten wir die Weichen für das kommende Jahr, vereinbarten neue Kommissionen, die die verschiedenen Formate und Verantwortlichkeiten in Angriff nehmen werden.

Die Aktivitäten im zweiten Halbjahr 2025 machten deutlich, wie wichtig verlässliche Austausch- und Unterstützungsstrukturen sind. An diese Erfahrungen knüpft die Junge DGO im kommenden Jahr an – mit dem Ziel, bewährte Formate fortzuführen und neue thematische Impulse aufzunehmen.

## Crisis (s)pot: Deterrence in Eastern Europe

Bericht: Matthias Melcher

### KRISENHERD: KOCHEN, ESSEN UND DISKUTIEREN MIT DER JUNGEN DGO

Die besten Gespräche finden meist bei einem guten Essen statt. Ausgehend von diesem Grundsatz machte sich die Regionalgruppe Bayern der Jungen DGO im November 2025 auf, ein neues Veranstaltungsformat auszuprobieren: den Krisenherd. Beide Wortbestandteile waren dabei wörtlich zu nehmen. Denn inhaltlich sollte es um aktuelle krisenhafte Entwicklungen im östlichen Europa gehen, die jeweils von Expert\*innen im Rahmen eines kurzen Impulsvortrags skizziert werden. Die anschließende Diskussion sollte in der Küche – also am Herd, an dem vorher gemeinsam gekocht wurde – stattfinden. Erklärtes Ziel war mithin ein platonisches Symposium mit explizitem Osteuropabezug, das einen niedrigschwelligen Austausch zwischen Nachwuchswissenschaftler\*innen aller Statusgruppen ermöglicht.

Als ersten Experten konnte die Regionalgruppe Bayern Elia BESCOTTI (Regensburg) gewinnen, der sein Post-Doc-Projekt zu militärischer Abschreckung im östlichen Europa zum Thema seines Impulsvortrags machte. Zunächst umriss Bescotti grundsätzliche Überlegungen zu Abschreckung als diskursivem Phänomen, die nur

funktioniert, wenn alle involvierten Parteien abschreckende Maßnahmen auch als solche wahrnehmen. Die 5.000 Helme, die Deutschland in die Ukraine geschickt hatte, beispielsweise, welche die damalige Verteidigungsministerin Christine Lambrecht im Januar 2022 noch als „ganz deutliches Signal“ bezeichnete, dürften im Kreml keine entsprechende abschreckende Wirkung gehabt haben. Darüber hinaus erörterte Bescotti die

Abschreckungspolitik unterschiedlicher europäischer Staaten und ging dabei vor allem auf Russland als Adressat dieser Maßnahmen ein.

Gestärkt mit selbstgemachten Chinkali drehte sich die anschließende lebhaft Diskussions nicht nur um die methodologische Frage, wie Abschreckung als diskursives Phänomen empirisch fassbar gemacht werden

kann, sondern auch ganz praktisch darum, wie ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland eine effektivere Abschreckungspolitik entwickeln könnte.

Alle Teilnehmenden gingen nicht nur intellektuell, sondern auch kulinarisch gestärkt nach Hause, sodass die Regionalgruppe das Veranstaltungsformat „Krisenherd“ auch im kommenden Semester fortsetzen wird. Alle Mitglieder der DGO, die unter 35 Jahre alt sind, aber auch externe Gäste sind herzlich eingeladen, beim nächsten Krisenherd mitzumachen. Kontakt: [jungedgo-bayern@dgo-online.org](mailto:jungedgo-bayern@dgo-online.org)

**Veranstaltung der Regionalgruppe Bayern der Jungen DGO**  
18. November 2025, 18 Uhr  
Zentrum Erinnerungskultur  
der Universität Regensburg



# Aktuelles aus der Osteuropaforschung

## Personalien

Seit dem 1. Dezember ist **Jörg Ganzenmüller** Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden. Zuvor war er von 2014 bis 2025 Vorstandsvorsitzender der Stiftung Ettersberg. Seit 2017 war er zudem Inhaber der Professur für Europäischen Diktaturenvergleich an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jörg Ganzenmüller hat in Freiburg i. Br. studiert und wurde dort 2003 mit der Arbeit „Das belagerte Leningrad: Eine Großstadt in der Strategie von Angreifern und Verteidigern“ promoviert. In der Folge arbeitete er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität

Jena, wo 2010 die Habilitation mit der Studie „Russische Staatsgewalt und polnischer Adel“ erfolgte. Er ist u.a. Mitglied im Kuratorium des Leibniz-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow. Schwerpunktmäßig forscht Jörg Ganzenmüller zur Nationalsozialistischen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, dem Stalinismus in der Sowjetunion, der Erinnerung an Diktatur und Krieg in Deutschland und im östlichen Europa, dem Europäische Diktaturenvergleich, den deutsch-polnisch-russischen Beziehungen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert und der Sportgeschichte Osteuropas.

## Neue Nachwuchsforschungsgruppe am GWZO erforscht die Verflechtungen Armeniens mit dem östlichen Europa

Seit Jahrhunderten sind Armenier\*innen Teil der Gesellschaften des östlichen Europa. Sie haben tiefe Spuren in Politik, Wirtschaft, Kultur und Religion hinterlassen und dabei auch Netzwerke geknüpft, die weit über das östliche Europa hinausreichten. Mit der neuen Nachwuchsforschungsgruppe »Global Armenia/ns. Entangled Histories of Central and Eastern Europe and the Caucasus« widmet sich das Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) diesen vielschichtigen Beziehungen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Armenier\*innen in Vergangenheit und Gegenwart in den Ländern Osteuropas lebten, wirkten und dabei auch mit dem Kaukasus und anderen Weltregionen verbunden waren.

Geleitet wird die Nachwuchsforschungsgruppe von der Globalhistorikerin Katja Castryck-Naumann und dem Historiker und Juristen Bálint Kovács. Die neue Nachwuchsforschungsgruppe »Global Armenia/ns« eröffnet mit ihren Dissertationsprojekten frische Perspektiven in zwei Bereichen. Im Themenfeld »Gewalt und Humanitarismus« geht es darum, wie sich das 20. Jahrhundert verändert darstellt, wenn

das vielfältige Wirken der armenischen Diaspora nach dem Genozid in den Mittelpunkt rückt – sowohl in Ost- und Südosteuropa als Nachwuchsforschungsgruppe eröffnet durch internationale Kooperationen, gezielte Förderung von Promovierenden und globale historische Perspektiven zudem neue Zugänge zu bislang wenig untersuchten Themenfeldern.

Die Nachwuchsforschungsgruppe ist eine Kooperation des GWZO mit der Calouste Gulbenkian Foundation (Lissabon), dem armenischen Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport sowie weiteren internationalen Partner\*innen. Ein international besetzter Beirat begleitet die Arbeit.

Mehr Informationen zur Nachwuchsforschungsgruppe und den einzelnen Promotionsprojekten: [www.leibniz-gwzo.de/de/forschung/forschungseinheiten/nfg-global-armenia-ns](http://www.leibniz-gwzo.de/de/forschung/forschungseinheiten/nfg-global-armenia-ns)



Quelle: Pressemitteilung des GWZO vom 21.10.2025



## Die Hochschulreformen in Georgien und ihre Folgen

Am 17. Oktober 2025 präsentierte der georgische Premierminister Irakli Kobachidze das Konzept für eine Reform des Hochschulwesens. Mit den darin skizzierten Maßnahmen sollen die Universitäten unter staatliche Kontrolle gebracht und das Land vom europäischen Hochschulsystem abgekoppelt werden. Insbesondere der Plan, in jeder Stadt nur noch eine Fakultät mit gleicher Ausrichtung zuzulassen, kann dafür genutzt werden, missliebige Personen zu entlassen und das Protestpotenzial unter Studierenden zu reduzieren. Wir haben mit Oliver Reisner, Professor für „European and Caucasian Studies“ an der Ilia State University in Tbilisi, und Diana Forker, Professorin für Kaukasusstudien an der Universität Jena, über die Auswirkungen der Reform vor Ort, aber auch für deutsch-georgische Hochschulkooperationen gesprochen.

**Oliver Reisner: „Die Hochschulreform stellt keinen inkrementellen Wandel dar, sondern einen systemischen Bruch.“**

**DGO: Welche Konsequenzen hat die Reform für das georgische Hochschulsystem generell und konkret für Studierende und Wissenschaftler\*innen?**

*Oliver Reisner:* Eine zentrale Zäsur besteht in der Abkehr vom bisherigen Finanzierungsmodell, das unter der Regierung Saakashvili eingeführt wurde: Staatliche Mittel folgten bislang den Studierenden – unabhängig davon, ob sie sich für eine öffentliche oder private Universität entschieden. Dieses Prinzip wird nun aufgehoben. Staatliche Finanzierung konzentriert sich künftig auf öffentliche Hochschulen, wodurch die „Gestaltungsmacht“ der Studierenden erheblich eingeschränkt und der Wettbewerb zwischen Institutionen faktisch beendet wird. Diese Veränderung hat weitreichende Folgen. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Ilia State University, der international sichtbarsten und forschungstärksten Hochschule des Landes, deren Studienanfängerzahlen im Studienjahr 2026 / 27 um rund 90 % reduziert werden sollen. Die Reform wirkt hier nicht leistungsorientiert, sondern strukturell nivellierend.

Parallel dazu wird das System durch staatlich festgelegte Quoten, Programmvorgaben und institutionelle Profilbildung neu geordnet. Disziplinen werden auf einzelne Standorte konzentriert („one city – one faculty“), wodurch Vielfalt und Wahlmöglichkeiten erheblich eingeschränkt werden. Für Studierende bedeutet dies eine massive Einschränkung der Studienwahl. Der Zugang zu bestimmten Fächern hängt künftig stärker von geografischen und sozialen Faktoren ab. Programme werden reduziert oder gestrichen, teils unabhängig von ihrer tatsächlichen Arbeitsmarktrelevanz.

Für Wissenschaftler\*innen ergeben sich Autonomieverluste in allen zentralen Bereichen – von der Programmgestaltung über Personalentscheidungen bis zur Ressourcenverteilung. Dies schafft ein Klima institutioneller Unsicherheit und kann langfristig zu Abwanderung und Qualitätsverlust führen.

Politikwissenschaftlich betrachtet erinnert die Reform in ihrer Logik stark an eine Rückkehr zu vertikal-hierarchischen, politisch gesteuerten Hochschulsyste-

men, wie sie aus der Sowjetzeit bekannt sind. Die behauptete Qualitätssteigerung bleibt dabei empirisch schwer nachvollziehbar. Zugleich liegt der Reform ein verengtes Bildungsverständnis zugrunde: Hochschulbildung wird primär als Instrument der kurzfristigen Arbeitsmarktanpassung interpretiert, weniger als Raum für Persönlichkeitsentwicklung, kritisches Denken und gesellschaftliche Innovation. Dies steht im Spannungsverhältnis zu europäischen Hochschulnormen.

**DGO: Was bedeutet die Reform für die Arbeit von ausländischen Dozent\*innen vor Ort?**

*Reisner:* Für ausländische Lehrende verschlechtert sich das Umfeld in mehrfacher Hinsicht. Erstens führt die stärkere staatliche Steuerung zu institutioneller Instabilität: Programme werden kurzfristig umstrukturiert, Universitäten fusioniert oder in ihrem Profil eingeschränkt. Das erschwert langfristige Planung. Zweitens entstehen durch Änderungen im Förderrecht rechtliche Unsicherheiten. Künftig können auch individuelle Honorare, Stipendien oder Formen des Wissenstransfers als „Grant“ klassifiziert werden, wenn ihnen potenziell gesellschaftlicher Einfluss zugeschrieben wird. Drittens deutet vieles auf eine abnehmende internationale Offenheit hin, etwa durch Einschränkungen bei internationalen Studierenden und Kooperationen.

**DGO: Worauf müssen sich Forschende aus Deutschland in Zukunft bei Recherchen in Georgien einstellen?**

*Reisner:* Für deutsche Forschende wird die Zusammenarbeit komplexer. Operativ ist mit mehr Bürokratie und Planungsunsicherheit zu rechnen. Förderflüsse können genehmigungspflichtig werden oder sich verzögern. Kooperationen müssen stärker formalisiert werden. Inhaltlich könnte sich der Spielraum verengen: Forschung zu politisch oder gesellschaftlich sensiblen Themen birgt höhere Risiken, da sie leichter als „einflussrelevant“ interpretiert werden kann. Zudem verändern sich institutionelle Partnerstrukturen erheblich. Einige Universitäten werden gestärkt, andere verlieren große Teile ihres Profils oder ihrer Kapazitäten.

**DGO: Welche Möglichkeiten haben wir, die Kolleg\*innen vor Ort zu unterstützen?**

*Reisner:* Trotz schwieriger Rahmenbedingungen bestehen Handlungsmöglichkeiten. Es ist wichtig, bestehende



**Oliver Reisner** ist Professor für Europäische und Kaukasische Studien (Jean-Monnet-Lehrstuhl 09/2016 – 08/2019) an der Ilia State University Tbilisi. Im Jahr 2000 promovierte er an der Universität Göttingen in Osteuropäischer Ge-

schichte. Anschließend koordinierte er u.a. das erste Master-Studienprogramm „Zentralasien/Kaukasus“ an der Humboldt-Universität zu Berlin (2000–2003). Von 2003 bis 2005 war er als Leiter des Menschenrechtssprogramms bei World Vision International und von 2005 bis 2015 als Projektmanager bei der Delegation der Europäischen Union in Tbilisi tätig. Oliver Reisner forscht u.a. zu Nationenbildung im Kaukasus im 19. und 20. Jahrhundert, Erinnerungsforschung zum Umgang mit der sowjetischen Vergangenheit in Georgien und im Kaukasus, der Geschichte der Kaukasusstudien als Regionalforschung und der Rolle von Religion in Georgien.

Kooperationen zu stabilisieren und langfristig anzulegen. Institutionelle Partnerschaften können Unsicherheiten abfedern. Kooperationen sollten zudem möglichst über Institutionen statt über Einzelpersonen organisiert werden, um rechtliche Risiken zu minimieren. Auch bleibt die internationale Sichtbarkeit georgischer Forschung zentral – etwa durch gemeinsame Publikationen und Netzwerke. Schließlich kann auch wissenschaftspolitische Unterstützung eine Rolle spielen: Monitoring, Austauschformate und öffentliche Aufmerksamkeit können zur Verteidigung akademischer Freiheit beitragen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die georgische Hochschulreform keinen inkrementellen Wandel darstellt, sondern einen systemischen Bruch. Sie verschiebt das Gleichgewicht von Wettbewerb und Autonomie hin zu staatlicher Kontrolle. Für Studierende, Wissenschaftler\*innen und internationale Partner entstehen dadurch neue Einschränkungen und Unsicherheiten – während der Beitrag zur Qualitätssteigerung bislang unklar bleibt.

## Diana Forker: „Die Kooperationen, wie wir sie bislang kannten, wird es so nicht mehr geben.“

### DGO: Was bedeutet die Hochschulreform für Kooperationen mit deutschen Universitäten?

*Diana Forker:* Die Hochschulreform in Georgien schwächt zentrale Voraussetzungen internationaler Zusammenarbeit: institutionelle Stabilität, akademische Freiheit, Selbstverwaltung und Rechtssicherheit. Kooperationsverträge, Austauschprogramme oder gemeinsame Studiengänge setzen verlässliche institutionelle Partner voraus. Wenn jedoch durch administrative Eingriffe Universitäten aufgelöst, Studienprogramme geschlossen oder Leitungsstrukturen staatlich ersetzt werden, können bestehende Kooperationsverträge faktisch entwertet werden. Politische Loyalitätsanforderungen oder Restriktionen für Hochschulangehörige, die mit der geplanten Reform einhergehen werden, betreffen unmittelbar die Freiheit von Forschung und Lehre – ein Kernprinzip des europäischen Hochschulraums und für die internationale Kooperation mit deutschen Universitäten.

Hinzu kommen gravierende Einschränkungen bei der Forschungsfinanzierung von gemeinsamen Projekten. Schon bisher war es nur in wenigen Programmen – etwa bei EU-Anträgen – möglich, gemeinsame Drittmittelprojekte durchzuführen, in denen alle Partneruniversitäten ihr eigenes Budget erhalten und verwalten konnten. Künftig wird es quasi unmöglich, ausländisch finanzierte Projektanteile rechtssicher abzuwickeln; selbst Honorarverträge für Projektmitarbeit georgischer Wissenschaftler\*innen werden unmöglich. Besonders alarmierend ist, dass die neue Gesetzgebung auch individuelle Fördermittel betreffen wird. Für viele georgische (Nachwuchs)wissenschaftler\*innen sind solche Grants eine der wenigen Möglichkeiten, Forschung zu betreiben, international zu publizieren und sich akademisch weiterzuentwickeln.

Auch für deutsche Wissenschaftler\*innen und Studierende werden sich die Bedingungen verschlechtern: Projektbeteiligungen, Konferenzen oder Auslandssemester in Georgien könnten administrativ und politisch deutlich erschwert bis unmöglich gemacht werden. Kurz gesagt: Die Kooperationen, wie wir sie bislang kannten, wird es so nicht mehr geben. Institutionelle Zusammenarbeit wird nur unter starker staatlicher Kontrolle möglich sein. Gleichzeitig signalisieren Anfragen des Bildungs-

ministeriums an ausländische Einrichtungen wie unser Institut ein Interesse, im Ausland ein positives Bild zu vermitteln – und internationale Kooperationen künftig enger zu steuern. Langfristig droht so eine Marginalisierung Georgiens als Forschungsstandort, obwohl das Land geopolitisch zwischen Russland und der Europäischen Union von hoher strategischer Bedeutung bleibt.

### DGO: Welche Folgen ergeben sich für die Forschung zu Georgien?

*Forker:* Es wird schwer werden, zu und langfristig auch in Georgien zu forschen. Wenn vor Ort keine verlässlichen institutionellen Kooperationspartner mehr existieren, Kolleg\*innen das Land verlassen oder außeruniversitäre Tätigkeiten aufnehmen müssen, bricht die Grundlage gemeinsamer Forschung weg. Zugleich führen politische Restriktionen dazu, dass sensible Themen wie Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit oder Protestbewegungen nicht mehr offen bearbeitet werden können. Für internationale Partner wird der Zugang zu empirischen Daten, Interviewpartner\*innen und institutionellen Ressourcen unsicherer – insbesondere, wenn zentrale Einrichtungen wie die Ilija Universität strukturell geschwächt und faktisch aufgelöst werden.

Geplante Anträge und Projekte werden daher nicht mehr eingereicht. Ich selbst musste drei für dieses und nächstes Jahr vorgesehene Kooperationsprojekte absagen oder auf unbestimmte Zeit verschieben. Ähnliches berichten FSU-Kolleg\*innen anderer Disziplinen. Für Fächer wie die Linguistik könnte dies bedeuten, auf andere Länder der Region auszuweichen – mit langfristig spürbaren Qualitätsverlusten für die Georgienforschung.

### DGO: Welche Möglichkeiten haben wir, die Kolleg\*innen vor Ort zu unterstützen?

*Forker:* Ein Abbruch der Kooperationen wäre politisch heikel und würde vor allem reformkritische Wissenschaftler\*innen in Georgien zusätzlich schwächen. Stattdessen sollten bestehende Netzwerke aufrechterhalten und ausgebaut werden. Wir haben beispielsweise in Jena im letzten Jahr das „Deutsch-Georgische Wissenschaftsnetzwerk“ gegründet und planen eine Ringvorlesung, an der – soweit möglich – auch Kolleg\*innen aus Georgien teilnehmen werden. Digitale Formate wie Workshops, Co-Teaching und gemeinsame Publikationen können formale Restriktionen



**Diana Forker** ist Professorin für Kaukasusstudien mit Schwerpunkt kaukasische Sprachwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. 2011 wurde sie in Leipzig promoviert, 2016 erfolgte die Habilitation an der Universität Bamberg. Schwerpunktmäßig forscht sie u.a. zu Ost- und Westkaukasischen Sprachen, Sprachkontakt, Sprachwandel und Sprachgeschichte im Kaukasus sowie zur Soziolinguistik. Ihre Dissertation wurde mit der Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft prämiert, für Ihre Habilitation erhielt sie den Habilitationspreis der Universität Bamberg. Diana Forker ist Mitbegründerin des „Deutsch-georgischen Wissenschaftsnetzwerks“ (DGW).

teilweise umgehen, wobei stets die Risiken für die Partner\*innen vor Ort berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus können deutsche Hochschulen und Fachgesellschaften sich öffentlich zur akademischen Freiheit bekennen. Wir unterstützen auch Aktionen und Petitionen vor Ort, selbst wenn deren Wirksamkeit vermutlich sehr begrenzt ist, aber für unsere georgischen Kolleg\*innen ist dies von großer Bedeutung.

Forschungsaufenthalte in Deutschland, etwa über den DAAD oder die Alexander von Humboldt-Stiftung, können gefährdeten Wissenschaftler\*innen temporäre Ausweichräume bieten, ohne die institutionelle Anbindung an Georgien vollständig zu kappen.

# Veranstungsberichte

## 300 Jahre Vampire Grenzphänomene im Habsburgerreich 1725–1755

Bericht: Thomas Bohn

Vor 300 Jahren, am 21. Juli 1725, tauchte in einem Bericht einer Wiener Zeitung über ein serbisches Dorf an der Donau zum ersten Mal das Wort Vampir auf. Zu einer Sensation wurde das Phänomen aber erst, als sich Fälle von herumwandernden Toten an der Militärgrenze der Habsburger zum Osmanischen Reich am Ende des Jahres 1731 wiederholten. In den beiden folgenden Jahrzehnten wurden weitere Fälle aus anderen Regionen Österreich-Ungarns gemeldet. Schließlich ließ Maria Theresia 1755 jegliche Berichte über die sogenannte Magia posthuma verbieten. Dennoch sind die Vampire nicht tot zu kriegen. Seit der Aufklärung üben sie in den Debatten der gelehrten Welt eine unheimliche Faszination aus. Spätestens mit dem Dracula-Roman traten sie 1897 einen Siegeszug durch die Populärkultur an. Über diese Faszination und ihre historischen Wurzeln diskutierten Peter Mario KREUTER (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg), Jaqueline KRÜGER (Justus-Liebig-Universität

Gießen) und Clemens RUTHNER (Trinity College Dublin) unter der Moderation von Thomas BOHN.

Der Gießener Anzeiger resümierte am 17. Juli 2025: „Dass Vampire kein Spiegelbild haben, eine Knoblauchphobie haben, in Särgen schlafen, lichtempfindlich seien und sich zu Fledermäusen verwandeln können, dafür gibt es historisch keinen Beleg. Historisch gesehen gibt es jedoch einige Besonderheiten, die das Podium nähergehend betrachtete. Etwa der Fall von Petar Blagojevic und der Fall von Arnaut Pavle, der im Jahreswechsel 1731/1732 im Dorf Medvedja sein Unwesen getrieben haben soll. Er löste den damals ersten ‚Vampirhype‘ aus, wie es Bohn beschrieb. Militärärzte brachten die Schilderungen über den möglichen Vampir in Umlauf. Es entstand eine Hysterie.“

Die Frage, ob diese Hysterie berechtigt gewesen sei, wusste Clemens Ruthner zu verneinen, schiebt der Gießener Anzeiger weiter: „Das, was wir Vam-

### Podiumsdiskussion 15. Juli 2025, 18 Uhr

Eine Veranstaltung der DGO-Zweigstelle Gießen/Marburg in Kooperation mit dem Gießener Zentrums östliches Europa (GiZo) und der Südosteuropa-Gesellschaft (SOG)



v.l.n.r.: Thomas Bohn, Peter Mario Kreuter

pire nennen, entstammt einem interkulturellen Missverständnis.“ Zur damaligen Zeit hätten einige Seuchen in den Grenzgebieten des Habsburger-Reiches vorgeherrsch. Viele Symptome, die damals dem Vampir zugeschrieben wurden, lassen sich auf Milzbrand zurückführen. Das „Schmatzen“ der Leichen, ausgelöst durch Verwesungsgase, sei eines der Anzeichen gewesen, das für Unruhe sorgte. Alle Militärärzte vor Ort hätten sich vom Aberglauben der Dorfbewohner anstecken lassen. Zugleich konnten sie sich mit den Anwohnern aufgrund der Sprachbarriere nicht verständigen, was weiteres Misstrauen auslöste. „Aus heutiger Sicht waren das normale Verwesungssymptome. Die drei Ärzte bewerteten ihr eigenes medizinisches Verständnis über.“

Dass die Berichte der habsburgischen Ärzte auf Missverständnisse und Misstrauen beruhten, hob laut Gießener Anzeiger auch Kreuter hervor: „Die Lebenswelt der Menschen muss man sich ganz praktisch vorstellen. Es gab einen Rückzug auf die Familie,

das Haus und die Dorfgemeinschaft. Sterben und Tod findet regelmäßig statt. Alle sind an den Anblick von Toten gewohnt. Wenn Dinge außer der Norm geschehen, dann herrscht sofort Alarmstimmung.“

Ergänzend dazu betonte Krüger laut Gießener Anzeiger, dass Bram Stokers Dracula mit dem südosteuropäischen Vampirphänomen nicht allzu viel tun habe: „Es ist der Wandel von einem aufgeblähten Leichnam hin zu einem blutsaugenden, bleichen Aristokraten. Stoker hat Osteuropa nie bereist. Alles, was er wusste, wusste er aus Berichten und Beschreibungen. Darunter ein Buch über Aberglauben.“ Die Gießener Allgemeine zitierte dazu noch eine trockene Bemerkung Bohns: „Der tote serbische Bauer mit aufgeblähtem Bauch hat mit dem bleichen Vampirgrafen nicht viel gemeinsam.“

Über den Vampirfall von 1725 und seine Kolportage in den westlichen Medien können sich Mitglieder der DGO demnächst im Journal of Vampire Studies näher informieren.

\* im Kontext von Heft 8-10/2024 der Zeitschrift OSTEUROPA „Fließbild – Politik und Gesellschaft in Zentralasien“

## Bridging the Gap Central Asia / EU / Germany

Bericht: Carlo Hänsel

In Zentralasien haben sich in den vergangenen Jahren neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt. Ausdruck dieser neuen regionalen Kooperation war unter anderem das erste Gipfeltreffen zwischen Vertreter\*innen der EU (Kommission und Rat) und den Staats- und Regierungschefs der fünf zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan, das im April 2025 in Samarkand stattfand. Wo steht Zentralasien heute? Ist es ein ‚postsowjetisches‘ Anhängsel Russlands, Teil von Chinas neuer Seidenstraße, Mitglied des ‚globalen Südens‘, oder ein aufstrebender Partner der EU? Darüber diskutierten Vertreter\*innen aus der deutschen Wirtschaft, Politik und Forschung, sowie aus einem kirgisischen Think Tank. Ein Teilnehmer des Fachgesprächs brachte diese Ambivalenz pointiert auf den Punkt: „Optimisten in Zentralasien lernen Englisch, während Pessimisten Chinesisch bevorzugen“. Russisch blieb unerwähnt.

SELBSTVERSTÄNDNIS UND  
REGIONALE DYNAMIKEN

Der Einschätzung eines kirgisischen Teilnehmers zufolge versteht sich die Region im Rahmen der neuen Dynamiken nicht als Teil des „globalen Südens“. Zwischen den zentralasiatischen Staaten komme es verstärkt zu Annäherungen, die eine Art „Regionsbildung“ zur Folge hätten, gleichzeitig bestünden aber innerhalb der Region

weiterhin große Unterschiede. Vor allem Kasachstan und zunehmend Usbekistan stünden in der Außenwahrnehmung für ‚Zentralasien‘, da sie den Großteil der regionalen Wirtschaftsleistung erbringen.

Insbesondere die Sicherheitspolitik sei dabei ein Feld, auf dem die zentralasiatischen Staaten keine europäische Einmischung wünschen. Wichtig seien konkrete Projekte und direkte Einbindung,

nicht symbolische Treffen oder programmatische Erklärungen. Als zentrale Themen wurden bessere Infrastruktur in Transport und Handel (connectivity), sowie ökonomische Partnerschaften genannt. Die EU werde in der zentralasiatischen Politik oft auch kritisch gesehen. Sie produziere viele Dokumente und setze Normen, während tatsächliche Maßnahmen oft eher begrenzt blieben.

**Fachgespräch\***  
17. September 2025, 16:30 Uhr  
Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin

In Kooperation mit der  
Konrad-Adenauer-Stiftung

### KOOPERATION TROTZ DIFFERENZEN: DEUTSCHE UND OSZE-PERSPEKTIVE

Seit die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 1992 ihr Engagement in Zentralasien aufnahm, haben sich sowohl die politischen Rahmenbedingungen in der Region als auch die Bedeutung der OSZE verändert. Die OSZE, so die Meinung eines Diskutanten, sei eine Organisation, die auch Staaten einschließe, die nicht die Werte der Mehrheit teilen, wie z. B. Russland oder Turkmenistan. Primär sei sie eine Organisation gemeinsamer Regeln, nicht aber gemeinsamer Werte. Diese Einschätzung war umstritten, da das OSZE-Regelwerk Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit ausdrücklich als Garantien für Sicherheit hervorhebt.

Deutschland unterhält bereits länger Kooperationen mit Zentralasien, vor allem in Bereichen wie Wasser, Klima und Energie. Seit 2022, so eine Einschätzung, sei dieses Engagement noch ausgeweitet worden, mit dem Ziel, sich in der Region als alternativer Partner zu Russland und China zu positionieren. Grundlage dafür seien vier gemeinsam mit den zentralasiatischen Staatsoberhäuptern vereinbarte Säulen der Kooperation: Wirtschaft, Energie und natürliche Rohstoffe; regionale Kooperation und Sicherheit; Umwelt und Klima; Menschenrechte und Demokratie. Als bisherige Erfolge wurden unter anderem ein Migrationsabkommen mit Usbekistan, Infrastrukturförderung zur Anpassung an den Klimawandel (Global-Gateway-Projekt), Rohstoffpartnerschaften mit Kasachstan und Usbekistan sowie der bereits erwähnte erste umfassende EU-Zentralasien-Gipfel genannt. Zentralasien sei geografisch keineswegs weit entfernt. Die größere Distanz entstehe vielmehr auf der ‚mentalen Landkarte‘ der eigenen Wahrnehmung. Zugleich dürfen hier die realen geografischen Anbindungen nicht vernachlässigt werden – etwa die Zugänge einzelner Staaten zu internationalen Märkten, wie im noch weiter entfernten China über Seehäfen.

### HANDEL IM SCHATTEN DER SANKTIONEN

Aus der Politik kam der Hinweis, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine Deutschland stärker für die eigene Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffimporten sensibilisiert habe. Ein Thema, das zur Debatte anregte, war die Rolle Zentralasiens bei der Umgehung westlicher Sanktionen gegen Russland. Insbesondere Kirgisistan verzeichne ein starkes Außenhandelswachstum, das primär auf neue Handelsströme

zurückzuführen sei. Die EU habe zwar mittlerweile 19 Sanktionspakete beschlossen, doch durch lang aufgebaute Handelsbeziehungen fänden russische Unternehmen Umgehungswege in Nachbarstaaten. Die zentralasiatischen Staaten sehen hier auch eine Verantwortung bei der EU, ihre Exportströme besser zu kontrollieren. Im Kern würde dies aber bedeuten, dass die EU ihre Handelsbeziehungen zu allen an der Umgehung beteiligten Staaten aussetzen müsste.

### ENERGIE UND ZUKUNFTSPOTENZIALE

Die Energieversorgung in Zentralasien basiert weiterhin überwiegend auf fossilen Rohstoffen. Im Gespräch wurde aber auch das Potenzial der Region als Wachstumsmarkt für erneuerbare Energien und die wachsende Bedeutung von Nachhaltigkeit in der Region betont. Für Deutschland und die EU könnte dieser Markt an Bedeutung gewinnen.

### WIRTSCHAFT VOR WERTEN

Insgesamt wurde deutlich, dass in der Debatte über Zentralasien ein Paradigmenwechsel stattfindet: weg von der Diskussion über demokratische Werte, hin zu konkreten wirtschaftlichen Interessen und Vereinbarungen. Im Hinblick auf mögliche Investitionen wurde betont, dass es in Zentralasien wenig Rechtssicherheit gebe, da politische Führungspersonen maßgeblich über Projekte und deren Zukunft entscheiden. Einigkeit bestand in der Einschätzung, dass Rechtsstaatlichkeit (*rule of law*) aktuell weniger als Fundament von Demokratie verhandelt werde, sondern schlicht eine zentrale Voraussetzung für deutsche und europäische Investitionen darstellt. ‚Handel ohne Wandel‘ scheint hier die neue Devise zu sein.

### FAZIT UND AUSBLICK

Zentralasien ist für Deutschland und Europa heute wichtiger als je zuvor. Hier sind bisher insbesondere Kasachstan und Usbekistan die zentralen Partner. Wie mit den Verflechtungen zentralasiatischer Staaten mit Russland, China und der damit verbundenen Umgehung von Sanktionen umzugehen ist, bleibt offen. Momentan scheint wirtschaftliche Zweckmäßigkeit zu überwiegen. Zugleich besteht in Deutschland ein gravierender Mangel an Zentralasien-Expertise. Um tatsächliche Brücken zu bauen, müssten zudem auch Perspektiven aus der Region selbst stärker berücksichtigt werden.

## Sie kommen und sorgen (sich)! Pflege im Spannungsfeld zwischen West- und Osteuropa

Bericht: Sebastian Lambertz

Etwa 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland werden zuhause gepflegt, viele von Personen aus dem Ausland betreut. Das Pflegepersonal kommt dabei mehrheitlich aus dem östlichen Europa: Polen, Bosnien und Herzegowina, Rumänien und Kroatien stehen an der Spitze der Herkunftsländer. Infolge des russischen Angriffskriegs ist auch die Zahl der Ukrainer\*innen, die in Pflegeberufen arbeiten, deutlich angestiegen.

Während in Deutschland sowohl Arbeitgeber\*innen als auch pflegende Angehörige von der Pflegemigration profitieren, führt diese in den Herkunftsländern oftmals zu einem „Braindrain“ sowie zu einem starken Rückgang der Einwohnerzahlen in vielen Regionen. Vor allem alte Menschen bleiben allein zurück. Und auch für die Pflegekräfte wendet sich in Deutschland nicht automatisch alles zum Besten – eine 24/7-Betreuung führt für viele von ihnen zu prekären oder unzulässigen Arbeitsbedin-

gungen. Auf einer gemeinsamen Podiumsdiskussion stellten die DGO, Renovabis, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche die Situation in Deutschland und den Herkunftsländern zur Diskussion und sparten auch die negativen Seiten der Pflegemigration nicht aus.

### FREIZÜGIGKEIT ALS PROBLEM?

Moderatorin Claudia GAWRICH, Abteilungsleiterin des-Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, fasste die Situation einleitend zusammen: Zwischen 400 und 600 Tausend Pflegemigrant\*innen seien aktuell in Deutschland

tätig. Ohne diese Kräfte könne der Pflegedarf in Deutschland nicht mehr gedeckt werden. Gleichzeitig seien dies aber auch Ressourcen, die eigentlich in den Herkunftsländern gebraucht würden. András MÁRTON, Direktor von Caritas Alba Iulia in Rumänien berichtete in diesem

**Podiumsdiskussion**  
23. Oktober 2025, 19 Uhr,  
Kapelle der Kaiser-Wilhelm-  
Gedächtnis-Kirche, Berlin  
In Kooperation mit Renovabis,  
dem Zentralkomitee der deutschen  
Katholiken und der Kaiser-Wilhelm-  
Gedächtnis-Kirche



v.l.n.r.: András Márton, Claudia Gawrich, Dominique John, Thomas Schwartz

Zusammenhang von Kindern und alten Leuten, denen er in seiner täglichen Arbeit in Rumänien begegne und die dringend Hilfe bräuchten. Hinzu komme, dass die Armutgefährdung für Kinder und Jugendliche in Rumänien europaweit am höchsten sei. Er sei ein Anhänger der europäischen Freizügigkeit, aber soziale Fragen sollten seiner Ansicht nach in nationaler Hand bleiben, so Márton.

Auch für Dominique JOHN, Leiter des Beratungsnetzwerks „Faire Mobilität“ beim Deutschen Gewerkschaftsbund, ist die häusliche Pflege ein Kernbereich seiner Arbeit. Sein Netzwerk reagiere auf die Folgen der Freizügigkeit in Europa und auf das damit verbundene Lohndumping in den Aufnahmeländern, so John. Viele Personen, die sein Netzwerk berät, kämen aus Polen, der Ukraine, Serbien, Bulgarien und eben Rumänien. Ein großes Problem sei die Frage, was in der Pflege als Arbeits- beziehungsweise Bereitschaftszeit gelte und was entsprechend bezahlt werde. Vielfach würden die Familien der Pflegebedürftigen erwarten, dass eine Pflegekraft rund um die Uhr verfügbar sei, wollten dies aber nicht angemessen entlohnen. Hier gebe es große Schwierigkeiten, angemessene Arbeits- und Lebensbedingungen für die Pflegemigrant\*innen auszuhandeln.

Migration sei eigentlich ein Grundrecht, betonte Pfarrer Thomas SCHWARTZ, Hauptgeschäftsführer von

Renovabis. Gleichzeitig dürften die Lebensumstände für niemanden so ausgestaltet sein, dass er oder sie gezwungen sei, zu migrieren. Auch er betonte, dass der Pflegebedarf in Deutschland nur mithilfe von Migration zu decken sei, verwies aber gleichzeitig auf den damit einhergehenden Braindrain, mit dem Länder wie Rumänien konfrontiert seien. Freizügigkeit müsse daher europäisch gestaltet und gelebt werden.

Schwartz widersprach auch dem Narrativ, dass die finanziellen Rückflüsse aus der Pflegemigration den Herkunftsländern zugutekommen würden. Diese würden fast vollständig in den Konsum fließen, wovon wiederum deutsche und österreichische Discounter profitieren. Die Länder selbst hätten davon im Grund nichts. Neben Ausgleichszahlungen für die Herkunftsländer forderte Schwartz vor allem dazu auf, die Situation in diesen so zu gestalten, dass die Menschen ein Interesse hätten, dort zu bleiben. Migration sollte zu einer Möglichkeit werden, nicht zu einer Notwendigkeit.

### POLITISCHE AKTEUR\*INNEN IN DER PFLICHT

Angesprochen auf die Pflegestrategie der EU verwies Márton darauf, dass diese vor allem einen Empfehlungswert habe. Die beschriebene Entwicklung werde sie nicht stoppen können. Bereits jetzt sei abzusehen,

dass zum Beispiel in der Schweiz der Anteil der über 80jährigen in den nächsten Jahren massiv ansteigen werde. Dies könne dazu führen, dass sich Rumänien quasi leert. Auch John betonte, dass sich Länder wie Deutschland auf Kosten der Herkunftsländer bereichern würden. Politisch gebe es kaum Bestrebungen, etwas daran zu ändern. Hatte die Ampel-Koalition zumindest noch eine Arbeitsgruppe eingerichtet, so sei die Pflegemigration im aktuellen Koalitionsvertrag gar kein Thema mehr. John mahnte zudem an, dass es mehr gewerkschaftliche Organisation brauche. Die zuständige Gewerkschaft Verdi habe kein geeignetes Mitgliedermodell für Pflegemigrant\*innen. Das Beispiel der Baugewerkschaft zeige aber, dass dies möglich sei.

Schwartz verwies auf eine wachsende Entsolidarisierung in Europa, wenn es um Themen gehe, die die Menschen in ihrem Alltag betreffen. Gleichzeitig lieferten populistische Parteien einfache Antworten auf komplexe Fragen. All dies führe zu einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung auf dem Kontinent. Auf die Frage nach Anwerbeabkommen mit anderen Ländern antwortete der Geschäftsführer von Renovabis, dass es zwar in Vietnam, auf den Philippinen, in Indonesien und Afrika viele gut ausgebildete junge Leute ohne Job gebe, solche Abkommen aber die Notsituation, die durch die europäische Freizügigkeit entstanden sei, nicht lösen könnten.

## MÖGLICHE LÖSUNGEN

An welchen Stellschrauben lässt sich nun drehen, um die Problematik zumindest ansatzweise zu lösen? Die einzelnen Staaten jedenfalls seien keine verlässlichen Partner, so Márton. Seit 25 Jahren versuche er, diese in die Pflicht zu nehmen – mit überschaubarem Erfolg. Es fehle ein Verständnis für die Problematik. Lösungsansätze müssten auf Ebene der EU gedacht werden, im Sinne einer europäischen Sozialpolitik und einem europäischen Grundrecht auf Pflege. Generell müsse Pflege neu gedacht werden.

Wichtig sei es vor allem, sowohl den Pflegemigrant\*innen als auch den Familien mehr Sicherheit zu geben, betonte John. Dazu brauche es eine Diskussion über regelhafte Modelle. Die Gewerkschaften könnten hier mehr leisten und Menschen, die in Europa unterwegs sind, besser einbinden. Zum Abschluss verwies Schwartz noch einmal auf die Notwendigkeit eines fairen Ausgleichs innerhalb Europas. Die Herkunftsländer würden die Ausbildungskosten für die Pflegekräfte tragen und müssten in Form eines Lastenausgleichs auch am Rückfluss beteiligt werden. Anwerbeverträge mit weiteren Staaten sah er als Möglichkeit, dem Braindrain mit einem System zu begegnen, in dem alle profitieren können.

## Exil – Fluchtpunkt und Abschied Erfahrungen der Emigration aus dem östlichen Europa

Bericht: Carlo Hänsel

Deutschland ist seit Jahrzehnten Zufluchtsort für Menschen, die ihre Heimat aus politischen Gründen verlassen müssen und ins Exil gehen. Seit der Ausweitung des russischen Angriffskrieges in der Ukraine sind zahlreiche Neuankömmlinge aus Osteuropa dazu gekommen. Die zunehmende Repression in Belarus und Russland hat sie zur Ausreise gezwungen. Ihre Schicksale sind ebenso unterschiedlich wie ihr Aufenthaltsstatus.

In Deutschland ist die Exilerfahrung bis heute eng mit der Erinnerung an die NS-Zeit verbunden. Exil ist mehr als Flucht vor politischer Verfolgung – es ist eine tiefgreifende, individuelle Erfahrung, die Menschen und Gesellschaften verändert und herausfordert. Um darüber zu sprechen, lud die DGO gemeinsam mit Renovabis, der Katholischen Akademie Berlin und der Zeitschrift „Ost-West: Europäische Perspektiven“ zu einer Podiumsdiskussion ein.

### HISTORISCHE EINORDNUNG

Jochen OLTMER, Historiker und Migrationsforscher, ordnete die aktuellen Exil-Erfahrungen historisch ein.

### Podiumsdiskussion 30. Oktober 2025, 19 Uhr, Katholische Akademie Berlin

In Kooperation mit Renovabis,  
der Katholischen Akademie Berlin  
und der Zeitschrift „Ost-West:  
Europäische Perspektiven“

Die Geschichte des Exils in Deutschland lasse sich als zyklisch betrachten und gehe weit über die des Nationalsozialismus hinaus. Die Geschäftsführerin der DGO und Moderation Gabriele FREITAG unterschied in diesem Kontext zwischen überwiegend religiösem Exil vor dem 19. Jahrhundert und politischem Exil, das erst mit dem Aufkommen der Nationalbewegungen und nationalen Revolutionen an Bedeutung gewann. Gemma PÖRZGEN, Chefredakteurin der Zeitschrift Ost-West, verwies auf den Unterschied, dass Menschen, die die neu entstehende Sowjetunion vor 100 Jahren aufgrund der bolschewistischen Revolution verlassen hätten, als vergangenheitszugewandt verstanden werden können,

während Menschen die Russland heute verlassen, eher in Richtung Zukunft flüchten würden. Problematisch sei weiterhin, dass große Teile der deutschen Bevölkerung 'Russland' mit der ehemaligen Sowjetunion oder dem östlichen Europa insgesamt gleichsetzen, obwohl es sich bei den Exilant\*innen aus dieser Region um sehr heterogene Gruppen von Menschen handle.

#### INDIVIDUELLE EXIL-ERFAHRUNG

Olga SHPARAGA, Philosophin an der Fernuniversität Hagen führte aus, dass sie in den ersten vier Jahren im Exil noch sehr stark mit ihrer Heimat verbunden gewesen sei – physisch in Deutschland, doch mental weiterhin in Belarus. Es gebe viele Herausforderungen im Exil, oft wisse man gar nicht wo man anfangen soll und müsse stets bereit sein für Veränderungen. Anders als der Begriff der 'Exil-Community' vermuten lässt, stünde man zunächst oft allein da. Allmählich habe Sie jedoch auch an sich selbst die Herausbildung einer doppelten Identität durch neue Freundschaften im Exil beobachtet.

#### EXIL-COMMUNITIES IN DEUTSCHLAND

Sergey MEDVEDEV, Geschäftsführer des Journalists in Need Network, beschrieb die Heterogenität der russischen Exil-Community. Es gäbe viele Gruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten, doch seit 2022 sei eine zunehmende Vernetzung zwischen diesen Gruppen zu beobachten. Trotzdem bestünde zum Beispiel zwischen Vertreter\*innen indigener Bevölkerungsgruppen aus Sibirien und Menschen aus Moskau oftmals eine Distanz.

Exilant\*innen würden Regionalexpertise mit nach Deutschland bringen, so Medvedev. Viele junge Journalist\*innen und Big-Data-Analyst\*innen aus Russland könnten dank der Pressefreiheit und des besseren Zugangs zu Online-Quellen aus dem Exil heraus oft sogar effektiver arbeiten. Das Exilmedium Meduza habe zum Beispiel FSB-Daten aus dem Darknet ausgewertet und daraus auf Reisedaten von russischen Politiker\*innen schließen können. Pörzgen ergänzte, dass die Bedeutung der Exilmedien in Zeiten des Internets sehr groß sei: Acht bis zehn Prozent der russischen Bevölkerung im Land lese weiterhin solche Formate. Auch für die westliche Wissenschaft seien sie aufgrund immer noch bestehender Kontakte in die mittlerweile nahezu vollständig geschlossenen Länder eine wichtige Quelle. Shparaga betonte zudem den Einfluss von Exil-Communities auf die deutsche Gesellschaft, z.B.

in Form von Care-Arbeit durch Frauen aus dem östlichen Europa. Es müsse sichtbar gemacht werden, welche Vorteile postmigrantische Gesellschaften mit sich brächten.

#### REPRESSION UND TRANSNATIONALE VERFOLGUNG DES BELARUSISCHEN REGIMES

Freitag fragte, ob es eine Aufgabe sei, aus dem Exil in das Heimat-Land hineinzuwirken und betonte dabei die im Vergleich zu Russland brutalere Repression in Belarus. Shparaga berichtete, dass viele Belarus\*innen auch im Exil große Angst vor Verfolgung hätten. Auch sie sei inzwischen selbst vom Regime zweimal als Extremistin gelistet worden. Deshalb bleibe vieles der Exilarbeit im Verborgenen und Exilant\*innen würden häufig schwanken zwischen Phasen des intensiven Engagements und geringerer Aktivität.

#### HAT DEUTSCHLAND AUS SEINER EIGENEN GESCHICHTE GELERNT?

Eine Lernkurve bei der Aufnahme geflüchteter Menschen in Deutschland ist laut Oltmer nicht zu beobachten. Auf spezifische Exil-Ereignisse würden unterschiedliche gesellschaftliche Debatten folgen. Manchmal gebe es Perspektiven der Öffnung, manchmal der Schließung und nicht immer sei klar, ob die deutsche Bevölkerung und der Rechtsstaat sich auf die ankommenden Menschen einstellen wollen und können. Pörzgen wiederum sah sehr wohl eine Lernkurve. Im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg im zerfallenden Jugoslawien hätte es noch Länderregelungen gegeben, heute gäbe es Regelungen auf Bundesebene. Zudem hätte man sehr viele Menschen aus der Ukraine aufgenommen.

Oltmer argumentierte, dass es immer dann Kritik an Migration gebe, wenn die eigenen Zukunftserwartungen einer Gesellschaft negativ seien. Medvedev wies darauf hin, dass sich die politischen Debatten kontextabhängig ändern würden. Humanitäre Visa seien Menschen aus Russland und Belarus gewährt worden, während Menschen aus Syrien und Afghanistan dieses Privileg nicht zuteil geworden sei. Oltmer stimmte dem zu. Man müsse nicht nur auf den zeitlichen Kontext achten, sondern auch darauf, wer kommt und ob diejenigen als Belastung oder Bedrohung wahrgenommen werden.

Pörzgen verwies auf die de-facto Aussetzung humanitärer Visa durch die Bundesregierung und appellierte

an das Publikum: „Bitte achten Sie alle darauf das wir dies nicht einfach übersehen!“ Medvedev fügte hinzu, dass er oft von Exil-Journalist\*innen gehört habe, dass die Aussicht auf ein humanitäres Visa in Deutschland ihnen Hoffnung und eine Zukunftsperspektive gegeben habe. Diese Hoffnung gebe es nun nicht mehr. Shparaga merkte dazu an, dass sie unsicher sei, ob ihr eigener Aufenthaltstitel verlängert werde.

#### DER EXIL-BEGRIFF UND DIE NOTWENDIGKEIT GESELLSCHAFTLICHER DEBATTEN

Wo endet Migration und wo beginnt Exil? Freitag wies darauf hin, dass in Deutschland Exil oftmals mit der Flucht vor dem Nationalsozialismus verknüpft werde. Deshalb, so Pörzgen, sei der Begriff Exil positiver konnotiert als „Migrant\*in“. Oltmer betonte, dass oft von "Dissidenten" gesprochen werde, wenn es um kleinere

Gruppen gehe und der Migrations-Begriff immer dann in den Diskurs eingebracht werde, wenn es sich um größere Gruppen handelt. Freitag fragte, ob die Entscheidung, humanitäre Visa für politisch verfolgte Menschen aus anderen Staaten auszusetzen, im Zusammenhang mit einer Relativierung der NS-Geschichte zu sehen sei. Oltmer verwies darauf, dass es immer eine Umdeutung der Geschichte gebe und dass es wichtig sei, dass sich die Zivilgesellschaft äußere und handele. Problematisch sei auch, dass in den deutschen Medien immer wieder eine Verbindung von Migration und Kriminalität gezogen werde. Was es eigentlich heißt ein Exilland oder eine Exilgesellschaft zu sein, bliebe offen, so Oltmer. Doch dass wir als Zivilgesellschaft über die Katastrophe der fehlenden humanitären Visa sprechen müssten, sei ein Fakt. Auch Freitag betonte, dass Debatten zu diesem Thema dringend notwendig seien und richtete an das Publikum die Schlussworte: „Bleiben sie wach und empathisch“.

## Militär- und Osteuropaforschung Schnittstellen, Fragestellungen, Perspektiven

Bericht: Johannes Spohr

Über Jahrzehnte tat sich die deutsche Militärgeschichtsforschung zum Zweiten Weltkrieg schwer damit, Verbrechen zu benennen während sich die NS-Forschung in

Deutschland meist nur beiläufig mit militärischen Fragen beschäftigte. Dabei sind diese notwendig zur Bestimmung von Verantwortlichkeiten, Dynamiken und Strukturen. Der Workshop „Militär- und Osteuropaforschung“ brachte Historiker\*innen beider Fachrichtungen zusammen. Der Austausch zielte darauf ab, methodische Berührungspunkte, gemeinsame Fragestellungen und bestehende Spannungsfelder zwischen militärgeschichtlicher Forschung und Osteuropaforschung auszuloten.

Im Zentrum standen sowohl operationsgeschichtliche Zugriffe als auch Forschungen zu Besatzung, Gewalt, Erinnerungs- und Militärkulturen.

Kurze Impulsvorträge beleuchteten zum Einstieg unterschiedliche Ansätze und Desiderata in der Forschung

zum Zweiten Weltkrieg. Corinna KUHR-KOROLEV (Potsdam) erläuterte am Beispiel des Kunstraubs im Zweiten Weltkrieg, dass dessen Dynamiken und

Dimensionen ohne militärgeschichtliche Perspektiven kaum zu erfassen sind. Kunstraub sei keine bloße Begleiterscheinung militärischer Operationen gewesen. Die Vernachlässigung visueller Quellen zum Krieg öffne zudem revisionistischen Deutungen Raum. Stephan LEHNSTAEDT (Berlin) verwies darauf, dass das Militär in Osteuropa einen anderen gesellschaftlichen Stellenwert als in Westeuropa habe und Militärgeschichte daher auch einen höheren Stellenwert habe; entsprechend gäbe es

dort einen ausgeprägteren Forschungszweig, der jedoch konservativer geprägt sei. Sönke NEITZEL (Potsdam) kritisierte, dass im Fokus der Forschung meist die irreguläre Gewalt stehe, allgemeine Besatzungsgeschichte und Kriegserfahrungen unterschieden sich davon aber. Dem widersprachen andere Teilnehmende

### Workshop 13. und 14. November 2025, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam

In Kooperation mit dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam (ZMSBw)



v.l.n.r.: Stephan Lehnstaedt, Corinna Kuhr-Korolev

mit dem Hinweis, dass zivile Opfer im östlichen Europa bis heute vielen in der Öffentlichkeit unbekannt seien, es bis heute keinen deutschen Lehrstuhl für Holocaust-Studien gäbe und Besatzungsgeschichte häufig lediglich aus der Sicht deutscher Instanzen erzählt werde. Jan C. BEHRENDTS (Potsdam) schlug eine Brücke zum gegenwärtigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und plädierte dafür, gegenwärtige Kriege – und insbesondere den russischen Krieg gegen die Ukraine – systematisch historisch zu dokumentieren und stärker in die deutsche Forschungslandschaft zu integrieren.

Auf diesen Impulsen aufbauend widmete sich das erste Panel der Verschränkung militärischer und sozialgeschichtlicher Perspektiven. Markus WIEN (Sofia) analysierte die Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation (IMRO) vor dem Zweiten Weltkrieg als Akteur zwischen Irredentismus, Autonomievorstellungen und informellen Machtstrukturen. Anhand der IMRO zeigte er, wie paramilitärische Gewalt, nationale Narrative und staatliche Interessen ineinandergreifen und politische Kulturen hervorbringen, in denen staatliche und nichtstaatliche Gewaltakteure kaum trennscharf zu unterscheiden sind. Chris HELMECKE (Potsdam) beleuchtete die sowjetische Operation „Bagration“ im Sommer 1944 und hob hervor, dass diese eine der größten militärischen Operationen der Geschichte darstelle, im historiografischen und öffentlichen Bewusstsein jedoch deutlich weniger präsent sei als etwa die alliierte Landung in der Normandie. Besonders unterbelichtet

seien bislang taktische und soziale Aspekte des Frontzusammenbruchs der Heeresgruppe Mitte sowie dessen Auswirkungen auf Zivilbevölkerung und Besatzungsregime. Tatjana TÖNSMEYER (Wuppertal) verwies darauf, dass Akteure, die nicht den untersuchten Einheiten selbst angehörten, ausgeblendet würden. Die Auswirkungen ihres Handelns auf die einheitliche Zivilbevölkerung sowie von Interaktionen zwischen Soldaten und ihnen zu erforschen, sei

jedoch von elementarer Bedeutung, um ein umfassenderes Verständnis von den jeweiligen historischen Situationen zu erhalten. Ausgehend von der „German Occupation Database“ zur Besatzung Griechenlands weitete Valentin SCHNEIDER (Osnabrück) den Blick anschließend auf Südosteuropa aus und hob militärische Mobilität als zentrales Strukturmerkmal von Besatzung hervor. Digitale Massendaten und GIS-gestützte Kartierungen ermöglichten es, Truppenbewegungen, Stationierungsorte und Marschrouten vergleichend zu analysieren und transnationale Gewaltpraktiken sichtbar zu machen. Diese Daten seien nicht zuletzt für die betroffenen Gesellschaften von Interesse, da sie Rückschlüsse auf konkrete Kontaktzonen zwischen Besatzern und Besetzten erlaubten. Auch Markus Uhl (Helsinki) betonte die Relevanz von Digitalisierungsprojekten wie „German Docs in Russia“ für die Forschung.

Das zweite Panel widmete sich der nachträglichen Verarbeitung von (Kriegs-)Gewalt. Katja MAKHOTINA (Erlangen) fragte einleitend, ob kosmopolitische oder transnationale Erinnerungskonzepte angesichts der zunehmenden Nationalisierung von Erinnerungskulturen noch realistische Perspektiven böten oder vielmehr Wunschprojektionen seien. Sie problematisierte zudem die „Versicherheitlichung“ („securitization“) von Erinnerung, bei der historische Deutungen als Fragen nationaler Sicherheit verhandelt werden. Kristiane JANEKE (Potsdam) stellte Forschungen des Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

(ZMSBw) zur Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg im Kontext des russischen Angriffskrieges vor. An der NATO-Ostflanke zeigten sich besonders umkämpfte Erinnerungskonstellationen, in denen historische Narrative politisch instrumentalisiert würden. Gundula POHL (Hagen) analysierte das in Belarus seit 2021 etablierte geschichtspolitische Konzept eines „Genozids am belarusischen Volk“. Ein eigens verabschiedetes Gesetz fixiert diesen Genozidbegriff, die Generalstaatsanwaltschaft führt Ermittlungen durch, klagt bereits verstorbene NS-Täter vor dem Obersten Gericht an und veröffentlicht Quelleneditionen, Ausstellungen, Filme, Webserien und neue Schulbücher. Als Feind wird dabei der „kollektive Westen“ markiert. Die staatlich gelenkte Meistererzählung verknüpfe den Zweiten Weltkrieg mit gegenwärtigen Konflikten und konstruiere Bedrohungsszenarien, die politische Opposition und den sogenannten kollektiven Westen gleichermaßen einbeziehen. Mischa GABOWITSCH (Mainz) richtete den Blick auf Kriegsdenkmal in der derzeit russländisch besetzten Ukraine. Gabowitsch zeigte eindrücklich auf, wie materielle Erinnerung im Kontext militärischer Besetzung umgedeutet, zerstört oder neu geschaffen wird. Die Analyse von Denkmallandschaften verdeutlichte, wie historische Bezüge zur Legitimation territorialer Ansprüche genutzt werden. So werden in den besetzten Gebieten einige Denkmäler wiedererrichtet, andere „scheinsaniert“, ergänzt oder auch geraubt. Jörg MORRÉ (Berlin) und Jörg ECHTERNKAMP (Potsdam) betonten in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, normative Setzungen in der Forschung transparent zu machen.

Das dritte Panel nahm langfristige Entwicklungen in den Blick. Maren RÖGER verwies einleitend darauf, auch auf informelle Hierarchien und Normen in einer Kriegssituation zu achten. So gäbe es in der Regel innerhalb des Militärs eine Toleranz für sexualisierte Gewalt ohne, dass es explizite Befehle zu deren Ausübung gebe. Luisa ECKERT (Potsdam) analysierte deutsche Wahrnehmungen der russischen Streitkräfte zwischen 1890 und 1945 und zeigte, wie diese strategische Gegenbilder und Handlungsmuster prägten. Evgen ZINGER (Potsdam) stellte seine Forschung zu Kosaken als Akteuren illegitimer Gewalt vor und betonte die Bedeutung transnationaler Perspektiven. Dabei wurde die Notwendigkeit deutlich, den Kosakenbegriff genauer zu definieren und weniger homogen zu gestalten. Jonas BAAKE (Potsdam) untersuchte die Entstehung der polnischen Armee zwischen 1914 und 1926 und zeigte, dass militärische Gewalt in Staatsbil-

dungsprozessen auch diskursiv ausgehandelt wurde. Werner BENECKE (Frankfurt (Oder)) plädierte in diesem Zusammenhang für eine stärkere Berücksichtigung ziviler Strukturen zur Analyse militärischer Organisationen.

Manfred SAPPER (Berlin), Chefredakteur der Zeitschrift OSTEUROPA, fasste zum Abschluss die wichtigsten Ergebnisse des Workshops zusammen. Dabei konstatierte er zunächst die fehlende Perspektive der Slawistik, obwohl Literatur in der Sowjetunion eine wichtige politische Rolle gespielt habe. Anschließend machte er mehrere Säulen einer notwendigen Entwicklung in der osteuropäischen Geschichtswissenschaft und Militärgeschichte aus: Notwendig sei es zu pluralisieren und die Erfahrungen aller ostmitteleuropäischen Länder zu berücksichtigen, gleichzeitig aber die Zentrierung auf den Zweiten Weltkrieg zu überwinden. Auch die Visualisierung komme bisher zu kurz. Foto- und Filmmaterial sei auch wichtig für einen Wissenstransfer in die Öffentlichkeit. Allerdings müssten nicht nur Politik und Gesellschaft, sondern auch die eigenen Disziplinen vielfach für die angesprochenen Themen sensibilisiert werden. Außerdem sei es wichtig, zu internationalisieren, also den Austausch mit Wissenschaftler\*innen aus anderen Ländern zu befördern. Alaric SEARLE (Potsdam) nahm diese Gedanken auf und rief dazu auf, auch kleinere Kooperationen mit osteuropäischen Kolleginnen und Kollegen aufzunehmen.

Der Workshop zeigte auf, dass Militärgeschichte und Osteuropaforschung in vielfältiger Weise voneinander profitieren und zusammengedacht werden können. Während viele Wortbeiträge betonten, dass operative, soziale, kulturelle und erinnerungsgeschichtliche Zugriffe keine Gegensätze darstellen, sondern sich wechselseitig ergänzen, fehlte diese Multiperspektivität allerdings noch bei vielen Beiträgen des Workshops. Der Workshop setzte somit wichtige Impulse für eine – vor allem zukünftige – integrierte, interdisziplinäre Forschungsperspektive. Zugleich wurde sichtbar, dass aktuelle politische Konflikte die historiografische Auseinandersetzung mit den Kriegen, Besatzungen und Gesellschaften Zentral- und Osteuropas in besonderer Weise herausfordern. Anhand der gegenwärtigen Situation in der Ukraine wird deutlich, dass die Trennung zwischen militärischen und zivilen Welten nicht immer eindeutig verlaufen. Die Grenzen verlaufen also nicht nur zwischen den akademischen Disziplinen, sondern auch den Lebenswelten und – nach wie vor – auch zwischen den verschiedenen Teilen des europäischen Kontinents.

## Indoktrination und Militarisierung im Bildungswesen und der Wissenschaft in Belarus

Bericht: Carlo Hänsel

Der SCIENCE AT RISK Monitoring Report „Academic Freedom in Belarus 2025: Repression, Indoctrination, and Isolation in a Militarized State“ zeigt die zunehmende Repression im belarusischen Wissenschaftsbetrieb auf – von staatlicher Kontrolle und ideologischer Indoktrination bis hin zum wachsenden Einfluss von Russland und China. Eine gemeinsame Veranstaltung mit dem SCIENCE AT RISK Emergency Office beleuchtete die Indoktrination, die bereits in den Schulen beginnt sowie die Auswirkungen des russischen und chinesischen Einflusses auf die Hochschulbildung in Belarus.

Philipp SCHMÄDEKE (Science at Risk) verwies in seiner Präsentation des Monitoring Reports auf die politischen Gefangenen in Belarus. Die meisten von ihnen seien keine organisierten Widerständler, sondern z.B. Personen, die lediglich einen für das Regime unbequemen Facebook-Beitrag veröffentlicht hätten. Das durch Repression und Verfolgung geschaffene Klima der Angst habe dazu geführt, dass führende belarusische Wissen-

schaftler\*innen das Land bereits verlassen hätten. Der Campus einer jeden Universität werde von Sicherheitsorganen und den „Vizerektoren für Sicherheit“ streng kontrolliert, das gesamte Bildungssystem samt Finanzierung sei inzwischen zentralisiert. In den Indizes zur akademischen Freiheit rangiere das Land daher mittlerweile auf den hintersten Plätzen.

Zudem steige die Anzahl der als extremistisch deklarierten Publikationen, zudem könne bereits der Besuch von Websites wie die der DGO oder des SCIENCE AT RISK Emergency Office in Belarus zu vielen Jahren Haft führen, so Schmäddeke. Noch relativ neu sei eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft von oben, die inzwischen bereits

in den Kindergärten beginne, um ein positives Bild der ‚Sicherheitsstruktur‘ zu vermitteln. Dabei verwies er auch auf Einflussnahme Russlands.

Nirgends gäbe es so viele Russische Kulturinstitute im Ausland (Rossotrudnitschestvos) wie in Belarus. Rus-

### Podiumsdiskussion

3. Dezember 2025, 18 Uhr  
Staatsbibliothek zu Berlin

In Kooperation mit dem SCIENCE AT RISK Emergency Office, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Staatsbibliothek zu Berlin

sland verbege zudem jährlich über 1.300 Stipendien an belarusische Studierende. Im Vergleich dazu habe das SCIENCE AT RISK Emergency Office nur die finanziellen Mittel für maximal fünf vergleichbare Stipendien pro Jahr. Hinzu käme eine Ausweitung der Zusammenarbeit mit China, das im Gegensatz zu Russland keine Ideologie, sondern Geld nach Belarus bringe. Das Ergebnis sei eine vollständige internationale Isolation und die Abwanderung von mittlerweile etwa 600.000 Belarus\*innen.

#### INDOKTRINIERUNG VON KINDES BEINEN AN

Volker WEICHSEL (Zeitschrift OSTEUROPA) eröffnete die Podiumsdiskussion mit der Beobachtung, dass für die Zeitschrift OSTEUROPA mittlerweile nur noch eine Dokumentation der Geschehnisse von außen möglich sei, da die Zusammenarbeit mit Menschen aus Belarus immer schwieriger werde. Die aktuelle Situation sei härter als zu Zeiten des Kalten Krieges. Yulia VON SAAL (Institut für Zeitgeschichte) führte dies unter anderem darauf zurück, dass dem belarusischen Regime im Zuge der Proteste von 2020 die mangelnde Kontrolle über die junge Bevölkerung bewusst geworden sei. Daher könne man seitdem einen Ausbau staatlicher Indoktrinierung und repressiver Maßnahmen gegenüber jungen Menschen beobachten. So sei beispielsweise die Anzahl "patriotischer Clubs" und "Erholungslager für paramilitärische Ausbildung" enorm gestiegen. Mithilfe neuer Schulfächer sowie Schießübungen und Militärangehörigen als Lehrkräfte werde gezielt eine sowjetisch-russische Weltanschauung vermittelt.

Andrei LAURUKHIN (United Transitional Cabinet of Belarus) sprach von zunehmenden Zeichen einer totalitären Durchdringung in Belarus. Kinder würden „andersdenkende“ Mitschüler\*innen oder auch ihre Eltern zu Hause kritisieren und korrigieren, wenn diese Aussagen tätigten, die von dem abwichen, was sie in der Schule gelernt hätten. Dies beschrieb Laurukhin als eine "totalitäre Indoktrinierungsmaschine, die von selbst arbeitet auch wenn der Staat sie nicht kontrolliert". Es gäbe eine "neue militärische Sozialität" in Belarus, Schulen würden sich allmählich zu Kasernen entwickeln. Belarusische Eltern wüssten nicht mehr, wie der Schulalltag ihrer Kinder aussehe, da ihnen der Zugang zu den Schulen weitgehend verwehrt sei und den Kindern untersagt werde, ihre Eltern während des Schulalltags zu kontaktieren. Hochschulen seien immer

noch etwas freier beziehungsweise humanistischer, so Laurukhin, da es dort keine militärische Bildung gebe. Stattdessen stünde dort geopolitische Indoktrinierung durch Konzepte wie „ruski mir“ und die Schriften Alexander Dugins auf dem Lehrplan. Das übergeordnete Ziel des belarusischen Regimes sei es, eine neue Generation hervorzubringen, die Gewalt begrüße, da sie zur Bestrafung illoyaler Regimegegner eingesetzt werde.

#### BELARUSISCHE(S) GESCHICHTSSPOLITIK UND SELBSTVERSTÄNDNIS

Von Saal führte an, dass seit den Protesten 2020 die deutsche Besatzungszeit während des Zweiten Weltkriegs deutlich aggressiver als "Genozid gegen das belarusische Volk" interpretiert werde. In Russland spreche man imperialistisch vom "slawischen Volk", während man sich in Belarus auf das eigene Volk beziehe. In den Schulen gebe es zwar staatliche Vorgaben hinsichtlich der Lehrpläne mit propagandistischen Inhalten aus Russland, aber die Umsetzung hänge immer stark von der jeweiligen Lehrkraft ab.

Weichsel deutete an, dass die sowjetische Perspektive aufgrund der teilweisen Leugnung des Holocausts stets auch einen antisemitischen Anteil gehabt habe. Über den Holocaust werde in Belarus nicht oder nur sehr selten gesprochen und die explizite Verfolgung der jüdischen Bevölkerung werde dort nur selten thematisiert, so von Saal.

Unterschiedliche Meinungen gab es in der Diskussion zur aktuellen politischen Haltung der Bevölkerung in Belarus. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine würde von vielen Belarus\*innen eher geduldet denn aktiv befürwortet, so Laurukhin. Konzepte wie „Russki Mir“ fänden ebenfalls wenig Resonanz. Von Saal betonte hingegen, dass Belarus sich kontinuierlich in Richtung der „russischen Welt“ bewege. Nach 2020 habe es einen tiefgreifenden Bruch gegeben. Belarus werde mit Verweis auf die Geschichte zunehmend als Teil Russlands gesehen.

Weichsel schloss die Veranstaltung mit der Frage, ob eine scharfe Abgrenzung vom belarusischen Regime der richtige Weg sei, um für die Zeit nach Lukashenka eine neue Zusammenarbeit zu ermöglichen und plädierte dafür, Wege für die menschliche Zusammenarbeit offen halten.

## Werkstatt Wisskomm Osteuropa

Carlo Hänsel und Sebastian Lambertz

Die Veranstaltungsreihe Werkstatt WissKomm Osteuropa möchte den Austausch auf dem Feld der Wissenschaftskommunikation in den Osteuropawissenschaften fördern und stellt zu diesem Zweck innovative Projekte aus diesem Bereich vor. Die Teilnehmer\*innen berichten darüber, welche Rolle Wissenschaftskommunikation in ihrer Arbeit spielt, wo die Herausforderungen in der Vermittlung liegen und geben Einblick in Finanzierungsfragen und ihren Arbeitsalltag.

WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION IN DRITTMITTELPROJEKTEN: DAS PROJEKT „MOVEMERU“

Zum Auftakt sprachen Félix KRAWATZEK und Johanna MOGWITZ (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, ZOIS) über ihr „Projekt Moving Russia(ns): Weitergabe von Erinnerungen zwischen den Generationen im Ausland und in der Heimat (MoveMeRU)“, dessen Ergebnisse u.a. regelmäßig in den sozialen Medien zur Diskussion gestellt werden.

Das Projekt untersucht, inwiefern sich junge Menschen mit Migrationsgeschichte mit dem Heimatland und Zeitgesche-

hen ihrer Eltern identifizieren und erforscht Erinnerungsprozesse über zwei Generationen hinweg. Im Mittelpunkt steht die Frage, aus welchen Gründen die historische Erinnerung und die politische Einstellung junger Erwachsener von denen ihrer Eltern abweichen – oder auch nicht.

Betrachtet werden Communities mit 'Russlandhintergrund' in Deutschland, Estland und Kanada, die sich in 'wohlwollenden', 'feindseligen' oder 'neutralen' Aufnahmeumfeldern befinden. Das durch den European Research Council (ERC) finanzierte Projekt untersucht zudem, welche Formen der historischen Erinnerung Solidarität und pluralistische politische

Einstellungen fördern und welche Gleichgültigkeit und Intoleranz begünstigen. Die Ergebnisse des Projektes werden unter anderem bei Instagram und Facebook geteilt.

Moderator Sebastian LAMBERTZ eröffnete den Lunch-Talk mit dem Plädoyer, dass Wissenschaftskommunikation relevant sei, um auch denjenigen Teilen der Bevölkerung Zugang zu Forschungsergebnissen zu gewähren, die über den akademischen Bereich nicht erreicht werden können. Daher sei Wissenschaftskommunikation mittlerweile ein unersetzbarer Teil von Wissenschaft.

**Veranstaltungsreihe**  
29. Oktober, 19. November,  
17. Dezember 2025,  
jeweils 12:30 Uhr; Online

Krawatzek und Mogwitz erläuterten, wie Wissenschaftskommunikation in ihrem Projekt organisiert sei. Niemand trage dort „Wissenschaftskommunikation“ im Jobtitel; vielmehr würden alle fünf Projektmitglieder diese Aufgaben gemeinsam übernehmen. Ideal sei es daher, wenn Projektmitglieder fachliche Expertise und Fähigkeiten zur Wissenschaftskommunikation in einer Person vereinen. In Projektanträgen sei Wissenschaftskommunikation kein „Verkaufsargument“ für die Finanzierung. Das ZOiS setze jedoch grundsätzlich einen starken Fokus auf diesen Bereich, was einen erheblichen Vorteil hinsichtlich Ressourcen und Publikationsmöglichkeiten darstelle. In Drittmittelprojekten müsse Wissenschaftskommunikation aus einer intrinsischen Motivation der Projektmitglieder heraus erfolgen, da der IRC in erster Linie wissenschaftliche Arbeit und Publikationen erwarte. Diese Motivation ergebe sich im vorliegenden Fall aus der besonderen Sensibilität des Projektthemas, die es erforderlich mache, den Forschungsprozess transparent zu gestalten und vulnerable Aspekte angemessen zu berücksichtigen.

Die Ergebnisse des Projektes werden sowohl über ZOiS-eigene Publikationen, die Instituts-Website, Veranstaltungen und den ZOiS-Podcast vermittelt. Hinzu kommen externe Anfragen von Zeitungen, Radiosendern und Veranstaltern. Letztere erzielten häufig die größte Reichweite, allerdings dauere es oftmals eine gewisse Zeit, bis überhaupt ein entsprechender Bedarf an Wissenschaftskommunikation entstehe.

Zusätzlich werden Inhalte mit projekteigenen Kanälen in den sozialen Medien geteilt, zunächst über Facebook, mittlerweile primär über Instagram, wodurch auch ein jüngeres Publikum erreicht werde. Diese Kanäle ermöglichen es sowohl, Forschungsergebnisse in stark verdichteter Form zu vermitteln als auch Einblicke in den Forschungsprozess zu teilen, etwa zu Methoden, Akteur\*innen und Fragestellungen. Gesellschaftlich kontroverse Themen, würden dort allerdings auch emotionale Reaktionen und Anfeindungen hervorrufen, die sich meist nicht in Form strukturierter Debatten aufarbeiten lassen. Diese Erfahrung haben Mogwitz und Krawatzek mit ihrem Projekt selbst gemacht. Wichtig sei es, Angebote von HateAid oder dem SciComm-Support in Anspruch zu nehmen, wenn es zu Anfeindungen und Beleidigungen komme.

Zu beachten sei auch die Bedeutung von Algorithmen in den sozialen Medien. Damit Beiträge von diesen

aufgegriffen werden, müssten häufig inhaltliche Vereinfachungen in Kauf genommen werden. Gleichzeitig würde man darüber Personen erreichen, die man über andere Kanäle nicht erreiche. Womit man sich ebenfalls abfinden müsse, so Krawatzek, sei es, dass das Bild von einem Kuchen gelegentlich mehr Interaktion auslöse, als ein wissenschaftlich fundierter, inhaltlicher Beitrag.

#### WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION IN DEN SOZIALEN MEDIEN

Die zweite Veranstaltung der Reihe legte den Fokus stärker auf einen Vermittlungskanal und befasste sich mit Wissenschaftskommunikation in sozialen Medien. Sophia Sonja GUTHIER (Universität Mannheim) berichtete über ihren Instagram-Kanal @h\_east\_orian, den sie seit 2020 betreibt und auf dem sie inzwischen fast 250 Beiträge geteilt hat. Thematisch setzt sich der Kanal mit dem Einfluss von Geschichte auf Gegenwart und Politik im östlichen Europa auseinander, ebenso mit Themen wie Klimaschutz, Rechtsextremismus, dem Schutz der Demokratie, politischer Bildung und (antiosteuropäischem) Rassismus. Den Kanal betreibt Guthier in ihrer Freizeit, zusätzlich zu ihrer Tätigkeit am Graduierten-Zentrum der Universität Mannheim.

Für Guthier spielt Wissenschaftskommunikation eine zentrale Rolle in der Auseinandersetzung mit Desinformationen und dem Schutz demokratischer Werte insgesamt. Es sei daher wichtig, Wissenschaftskommunikation zu fördern. Dies stehe auch im Koalitionsvertrag. Ihre Posts seien oft ein Synergieeffekt aus Eigeninteresse an Themen und der gleichzeitigen Relevanz für ihre Follower\*innen, berichtete Guthier. Ihre Motivation sei vor allem das eigene Interesse an den Themen. Die Vernetzung mit anderen Menschen, die an Themen rund um das östliche Europa interessiert sind, habe sich trotzdem zu einem schönen Nebeneffekt des Kanals entwickelt.

Begonnen habe sie mit Reiseberichten und Inhalten, die sich auf die Gruppe der „Russlanddeutschen“ bezogen – dem Thema ihrer Masterarbeit. Diese Gruppe werde in ihren Augen oft zu homogen politisch rechts dargestellt. Mit der Zeit seien stetig neue Themen hinzukommen. Mit Russlands Ausweitung des Krieges gegen die Ukraine sei das Interesse noch einmal gestiegen. Hasskommentare und Kritik an ihren Beiträgen seien bisher ausgeblieben, auch wenn sie sich durchaus mit emotionalisierenden Themen befasse. Dies könne damit zusammenhängen,

dass sie bei kontroversen Themen auch stets auf die Vorläufigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse hinweise.

Diejenigen, die selbst mit dem Gedanken spielen, einen Social-Media-Kanal zu bespielen, sollten sich, so Guthier, damit befassen, wofür sie stehen möchten, welche Werte sie vertreten und wen sie erreichen möchten. Die Themen könnten sich dabei – abhängig von der Lebenssituation – immer wieder ändern. Ein Social-Media Kanal sei ein Selbstfindungsprozess, den man im Idealfall offen mit seinen Follower\*innen teilt, um Transparenz zu gewährleisten. Wichtig sei es, glaubwürdig hinter den eigenen Inhalten zu stehen.

#### INSTITUTIONALISIERTE WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION. DER DIREKTIONSBEREICH „TRANSFER UND PUBLIZIEREN“ AM LEIBNIZ-INSTITUT FÜR GESCHICHTE UND KULTUR DES ÖSTLICHEN EUROPA (GWZO)

Zum Jahresausklang sprachen Virgine MICHAELS und Alexander WEIDLE über ihre Arbeit im Direktionsbereich „Transfer und Publizieren“ am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO). Am Direktionsbereich sind verschiedene Aufgabenbereiche angesiedelt, die von der Betreuung der Instituts-Website über die Medienarbeit bis zur Gestaltung des Newsletters und der Betreuung der Social-Media-Kanäle reichen.

Eine der größten und gleichzeitig spannendsten Herausforderungen ihrer täglichen Arbeit sei es, die Kolleg\*innen, die zu ganz unterschiedlichen Themen von der Archäologie bis zur Zeitgeschichte forschen, gleichermaßen in die Öffentlichkeit zu bringen, so Michaels und Weidle. Hilfreich sei es dafür, dass es am GWZO inzwischen Beauftragte für Wissenschaftskommunikation in den einzelnen Fachabteilungen gebe, die den kommunikativen Aspekt eines Projektes von Beginn an mitdenken würden. Dennoch gebe es keine etablierten Prozesse bei der Entwicklung kommunikativer Ideen. Nicht jedes Projekte eigne sich für jedes Format, daher müsse man im Einzelfall zunächst evaluieren, wohin ein Projekt kommuniziert werden soll. Daraus ergebe sich dann das Format und auch die Sprache, in der kommuniziert wird, so Weidle. Wichtig in diesem Prozess sei es, die Anforderungen der jeweiligen Kanäle den Forschenden gegenüber deutlich zu machen, ergänzte Michaels. Ein offener Austausch darüber erhöhe das Verständnis für didaktische Reduktionen auf Seiten der Forschenden.

Als besonders erfolgreich beschrieben Michaels und Weidle unter anderem einen Online-Kurs des GWZO zu Geschichte und Kultur der Ukraine, der sich an Schüler\*innen richtete. Mit diesem habe man nicht nur Wissen vermitteln, sondern dadurch auch Fake-News entgegenwirken können. Auch die Ausstellung „Destroyed Ukrainian Heritage“ sei ein Erfolg gewesen. Diese zunächst für den digitalen Raum konzipierte Ausstellung wurde in Form von Roll-ups in verschiedenen Stadtteilbibliotheken in Leipzig ausgestellt, wodurch man noch einmal stärker in die Stadtgesellschaft habe hineinwirken können, berichtete Weidle. Dies versuche man zunehmend auch mit Veranstaltungen. Ringvorlesungen würden inzwischen eher als Veranstaltungsreihen mit Lesungen und Filmvorführungen gedacht und sollen so in die Stadt hinein getragen werden.

Die Stadtöffentlichkeit in Leipzig beschrieben Michaels und Weidle als wichtige Zielgruppe, die sie vor allem über Instagram erreichen. Man versuche so, die recht unkonkret definierte Zielgruppe der „interessierten Öffentlichkeit“ auszuweiten. Darüber hinaus richteten sich die Angebote des GWZO an Fachkolleg\*innen, Fördermittelgeber\*innen, Studierende, Alumni, aber auch die eigenen Mitarbeiter\*innen – aktuelle wie zukünftige. Im Bereich des Recruiting wurden die eigene Website und die sozialen Medien als die wichtigsten Kanäle genannt.

Aufschlussreich war zudem die Diskussion über die verschiedenen Social-Media-Kanäle, die das GWZO nutzt. Besonders Twitter/X sei lange ein wichtiges Netzwerk gewesen, das für tagesaktuelle Kommunikation, aber auch die Vernetzung innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft genutzt wurde. Die dortige Community habe für eine große Reichweite gesorgt. Aufgrund der politischen Entwicklung von Twitter/X hat das GWZO – ebenso wie die DGO – die Aktivitäten auf X im Herbst 2024 eingestellt. Dadurch sei ein wichtiger Distributionskanal verloren gegangen, berichtete Michaels. Weidle ergänzte, dass man dies noch nicht vollständig habe auffangen können. Man sei stärker auf LinkedIn aktiv und analysiere die dortigen Zielgruppen, die Community aus dem östlichen Europa erreiche man zudem über Facebook. Dies kompensiere aber nicht vollständig die Reichweite, die man durch den Rückzug von Twitter/X verloren habe.

Die Lunchtalk-Reihe „Werkstatt Wisskomm Osteuropa“ wird auch im Jahr 2026 fortgeführt.

## Die Freiheitsbewegung in Belarus 2020–2025 Eine Spurensuche

Bericht: Jonathan Wich

Belarus lebt! Auch wenn es so scheint, als habe Diktator Aljaksandr Lukaschenka fünf Jahre nach den Protesten gegen seine Scheinwahl die Demokratiebewegung immer weiter in die Isolation getrieben, kämpfen Belaruss\*innen im Exil und in der Heimat weiterhin für ein freies und demokratisches Belarus. Doch tun sie dies immer stärker abseits unserer Aufmerksamkeit, trotz Erschöpfung und trotz der Widrigkeiten, die der Kampf für das eigene Überleben mit sich bringt. Zeit also, Belarus wieder mehr in den Fokus zu stellen.

Seit den Protesten im Jahr 2020 ist viel passiert. Das Regime von Lukaschenka versucht, jede Form von Protest im Keim zu ersticken und geht mit unverminderter Härte gegen die eigene Bevölkerung vor. Hunderttausende Belaruss\*innen haben das Land verlassen und leben inzwischen im Exil – in Warschau, in Vilnius, aber auch in Berlin.

Unter ihnen sind nicht nur politische Aktivist\*innen, sondern auch Musiker\*innen, Schriftsteller\*innen, Künstler\*innen und Journalist\*innen. Alle haben sie eine eigene Geschichte und eine individuelle Perspektive auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ihres Landes. Und diese ist trotz alledem weiter von großer Hoffnung geprägt.

Eine gemeinsame Veranstaltung der DGO mit der Bundeszentrale für politische Bildung, dekóder, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der taz hat diese Perspektiven auf einer Bühne versammelt. Es war ein Abend im Zeichen der Solidarität mit der belarussischen Freiheitsbewegung vor Ort und den Belaruss\*innen im Exil.

WAS VON DER REVOLUTION 2020 BLEIBT

Eröffnet wurde der Abend musikalisch. Lavon VOLSKI hat die belarussische Musik- und Kulturlandschaft

### Gesprächs-, Literatur- und Musikcollage

28. November 2025, 19 Uhr  
taz Kantine, Berlin

Eine Veranstaltung mit der Bundeszentrale für politische Bildung, dekóder, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der taz im Rahmen des taz Talk



v.l.n.r.: Ingo Petz, Volha Hapeyeva, Zmicier Vishniou

wie kaum ein anderer geprägt, auch wenn er schon länger nicht mehr in seiner Heimat auftreten darf. Sein Schicksal teilt unter anderem der politische Aktivist Uladzimir MATSKEVICH, der in seinem Input die staatlichen Strukturen in Belarus als sowjetisch, archaisch und abgeschnitten vom Leben der Bürger\*innen beschrieb. Der Wahlkampf 2020 sei eine der wenigen Möglichkeiten für die Menschen in Belarus gewesen, ihre Forderungen gegenüber dem Staat zum Ausdruck zu bringen. Dessen einzige Antwort seien Gewalt und Repressionen gewesen, die die Zerschlagung der oppositionellen Koalition und die Verfolgung und Inhaftierung von Aktivist\*innen zur Folge gehabt haben. Seitdem herrsche im Land ein Klima des Terrors, was möglichen Protest gar nicht erst aufkommen lässt. Hinzu käme, dass die systematische Unterdrückung grundlegender Rechte jede Form kollektiver Organisation verhindere, den Austausch von Ideen unterbinde und die Möglichkeit solidarischen Handelns bereits im Ansatz zerstöre.

Diesem Regime könne nur eine organisierte Opposition etwas entgegensetzen, so Matskevich. Hierzu brauche es den Einfluss des Exils ebenso wie eine Binnenbewegung. In Belarus selbst existiere zwar eine spürbare Energie des Wandels, doch fehle es an konzeptionellen Entwürfen. Im Exil hingegen würden

Ideen entwickelt, jedoch ohne die gesellschaftliche Kraft, sie praktisch wirksam werden zu lassen.

Anders schätzte die Aktivistin Palina ŠARĚNDA-PANASJUK die Situation ein. Das Narrativ der belarussischen Propaganda sei ein Narrativ der Widersprüche. Der Grundkonsens der Belaruss\*innen in Bezug auf ein mögliches Ende des Lukaschenka-Regimes bestehe fort, die behauptete Spaltung zwischen Exil und Heimat sehe sie als politisch motivierte Konstruktion an. Das Regime verfüge über erhebliche Ressourcen, die es gezielt einsetze, um die Opposition zu zersetzen und bestehende Strukturen zu delegitimieren. Entscheidend sei es, dem staatlich geführten Informationskrieg zu begegnen, indem man die Verbindungen zwischen den Gesellschaften im Exil und der Heimat festige. Dabei trage Europa eine besondere Verantwortung, zumal sich viele Belaruss\*innen ausdrücklich als Teil des europäischen Raums begriffen.

Die Journalistin Olga LOIKO gab zu bedenken, dass trotz dieses Selbstverständnisses hohe Kosten und der seit jeher faktische „Visavorhang“ – verschärft durch fehlende Studien- und Austauschprogramme – erhebliche Mobilitätshürden für Belaruss\*innen seien. Zwar werde es aufgrund familiärer, akademischer und beruflicher Verbindungen weiterhin eine Bewegung gen

Westen geben, doch schwinde in der jüngeren Generation zunehmend das Verständnis für Westeuropa. Ein beträchtlicher Teil dieser Bevölkerungsgruppe sei noch nie in Europa gewesen und daher besonders anfällig für staatliche Propaganda. Šarėnda-Panasjuk und Loiko betonten, wie wichtig es sei, den Menschen aus und in Belarus zu zeigen, dass sie in ihrem Kampf für Freiheit und demokratische Selbstbestimmung nicht alleine sind.

#### DER KAMPF POLITISCHER GEFANGENER FÜR DIE MENSCHENWÜRDE

Die vor allem auf die Gesamtbevölkerung bezogene enorm hohe Zahl politischer Gefangener war Thema in der anschließenden Diskussion, zu der Anna-Nicole HEINRICH mit auf die Bühne kam. Sie ist Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die sich schon lange für politische Gefangene in Belarus einsetzt. Öffentlichkeitswirksames Engagement und Solidarität für das Schicksal der Menschen in Haft sieht Heinrich als entscheidend dafür, dass die belarusische Freiheitsbewegung nicht vergessen werde. Auch die Strukturen der Exil-Belarus\*innen in Deutschland, ihre Vernetzung untereinander und in ihre Heimat müssten für dieses Ziel weiter gestärkt werden. Loiko merkte an, dass das belarusische Regime mit der großen Zahl politischer Gefangener kein direktes Ziel verfolge. Vielmehr seien Verhaftungen die einzig verbliebene Möglichkeit des Regimes, auf Bestrebungen der Bevölkerung zur Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung zu reagieren.

Loiko betonte zudem die Bedeutung von Solidarität innerhalb der Gesellschaft. Diese sollten insbesondere die politischen Gefangenen in Belarus spüren. Solidarität wirke trotz der Repressionen wie ein paralleler Staat, der sich beständig gegen das Regime auflehne. Solidarität signalisiere, dass die Gesellschaft bereit sei, ihren Willen dazu zu nutzen, einen neuen, demokratischen Staat aufzubauen. Das gelte es zu unterstützen. Auch die Strukturen der Exil-Belarus\*innen in Deutschland, ihre Vernetzung untereinander und in der Heimat sollen weiter gestärkt werden, forderte die Journalistin.

#### EIN ANDERES BELARUS IST MÖGLICH

Sophija SAVTCHOUK, Mitbegründerin des Vereins RAZAM, der größten bundesweiten Interessenvertretung in Deutschland lebender Menschen aus Belarus berichtete, dass sie seit den Protesten 2020 an der

Basis der belarusischen Gesellschaft ein starkes Gefühl von Einigkeit, Selbstermächtigung und Befreiung spüre. RAZAM e.V. möchte diesen Ausdruck gemeinsamer Hoffnung und des Willens zur Veränderung bei Belarus\*innen in Deutschland stärken. Das verbindende Moment von 2020 sei aus ihrer Sicht nicht verschwunden; das gemeinsame Interesse der Exil- und Binnenbewegung bestehe fort. Der propagierte Mythos einer vom Land abgeschnittenen Exilbewegung greife zu kurz, denn die Kontakte nach Belarus blieben intensiv. Angesichts von Erschöpfung und Repression liege die Stärke in der Fähigkeit, füreinander einzustehen, einander aufzufangen und trotz allem weiterzumachen.

Abgerundet wurde der Abend mit Gedichten von Volha HAPEYEVA und Zmicier VISHNIOU. Gemeinsam mit der Sängerin Veranika KRUHLOVA sang Volski schließlich zum Abschluss unter anderem die inoffizielle Hymne Belarus': „Drei Schildkröten“.

Die Veranstaltung wurde live gestreamt. Die Aufzeichnung können Sie über diesen Link abrufen: [www.youtube.com/watch?v=aRduVPki2sE&t=1663s](https://www.youtube.com/watch?v=aRduVPki2sE&t=1663s).



Die gemeinsame Aktionswebsite von DGO, EKD und Viasna, 100xSolidarität mit Belarus bietet die Möglichkeit, politischen Gefangene in Belarus einen Brief zu senden und ihnen so ein Zeichen der Solidarität zu senden. Darüber hinaus stellt die Seite Informationen über die politischen Gefangenen in Belarus bereit. So soll die Sichtbarkeit für die Situation in Belarus innerhalb der deutschen Öffentlichkeit erhöht werden.

[www.100xsolidaritaet.de](http://www.100xsolidaritaet.de)



#### Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.  
Schaperstr. 30  
10719 Berlin

Geschäftsführung:  
Dr. Gabriele Freitag

T 049 (0) 30 214 784 12  
F 049 (0) 30 214 784 14  
E [info@dgo-online.org](mailto:info@dgo-online.org)  
W [dgo-online.org](http://dgo-online.org)

Redaktion und Satz: Dr. Sebastian Lambertz  
Satz: Marta Warmińska  
Redaktionsschluss: 31.12.2025

Fotos auf den Seiten: 2–3, 9, 25, 31, 55 – ©Dzmitry Brushko; 1 – ©Ronan Thiel; 29 – ©Mikael Evdokimov; 33 – ©Oliver Reisner; 35 – ©Diana Forker; 37 – ©Thomas Bohn; 41 – ©ZdK/Justus Raasch; 47 – ©Bundeswehr/ZMSBw

Die DGO erhält eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt.

[www.dgo-online.org](http://www.dgo-online.org)